Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ehiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 mal gratis Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 238 — Donnerstag den 21. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Parlamentsbeginn.

Am Dienstag hat der deutsche Reichstag nach längerer Sommerpause seine Vollsitzungen wieder aufgenommen. Die ersten Tage werden allerdings besonders wichtige Sitzungen noch nicht bringen. Erst nach einigen sitzungsfreien Tagen, an denen das Parlament die Arbeit ausfallen lassen will, wegen des in Hannover tagenden Parteitages der Deutschnationalen, wird dann Mittwoch der 27. Oktober der erste „große Tag" sein, der eine Rede des Reichskanzlers und Finanzministers über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bringen wird, an die sich dann die große politische Aussprache anschließen soll.

Vorläufig ist also alles nur Anstalt, nur kleine Vorpostengefechte. Zunächst kam sogar im Sitzungssaal die Spaltung der Unabhängigen äußerlich noch nicht zum Ausdruck. Die erforderliche „Umgruppierung" war noch nicht vorgenommen, und so saßen denn die Herren Neukommunisten noch friedlich mit den Rechtsunabhängigen zusammen und beide Parteien gaben sich mit Andacht und Eifer der Lektüre der „Freiheit" hin. Im Lande dagegen hat die Spaltung zu mancherlei Kämpfen geführt. In Halle und Hannover hat sich bekanntlich die linksradikale Hälfte der Blätter bemächtigt, zum Teil auch, wie auch in Neukölln, die Parteibüros besetzt. In Berlin selbst war man allerdings vorsichtiger. Da die Rechtsunabhängigen eine Besetzung ihrer „Freiheit" fürchteten, so hatten sie einen großen Teil ihrer Mitgliedschaft in Alarmbereitschaft gehalten. Hier waren allerdings die Maßnahmen unnötig. Dagegen versuchten die Neukommunisten sich in den Besitz des Büros des Zentralkomitees zu setzen. Die Herren der Rechten waren aber — sie kennen ja ihre Genossen — so vorsichtig gewesen, die Schlösser ändern zu lassen, so daß dieser etwas merkwürdige Einbruchsversuch scheiterte. Die Sicherheitspolizei, sonst den Unabhängigen ein Dorn im Auge, wurde nun zum Schutz des Gebäudes herangezogen. Die Neukommunisten, sie verfügen über 22 Sitze, haben sich bisher noch nicht entschließen können, offen Farbe zu bekennen. Auch sie erheben noch den Anspruch auf den Namen der USPD. und nennen sich vorläufig zum Unterschied gegen die Rechtsunabhängigen, die über 61 Sitze verfügen, „Fraktion Eichhorn", nach jenem früheren Berliner Polizeipräsidenten unrühmlichen Angedenkens, der ihre Reihen ziert. Schließlich werden sie aber doch wohl sich mit der kommunistischen Partei, die durch Herrn Levi und Frau Zetkin würdig vertreten wird, verschmelzen.

Bei der großen politischen Debatte wird ja der Aufmarsch der Parteien noch klarer zu übersehen sein. Es ist anzunehmen, daß man auch hierbei schon den Fall Hermes zur Sprache bringen wird, obgleich es fraglich ist, ob die von der Reichsregierung angekündigte Untersuchung schon bis zu diesem Termin durchgeführt ist. Es wäre wohl denkbar, daß sich mancher gegen Hermes erhobene Vorwurf nicht aufrecht erhalten lassen wird, denn zweifellos ist der von den Mehrheitssozialisten in Kassel gegen Hermes unternommene Vorstoß auf parteitaktische Bewegründe zurückzuführen. Immerhin ist es charakteristisch, daß das Zentrumsblatt, die „Germania", die ja moralisch verpflichtet ist, ihren Minister zu verteidigen, doch mit keinem Wort auf die Mißwirtschaft des Ministers Hermes auf dem Gebiete des Öl- und Fetteinkaufes zurückkommt. Bekanntlich soll Hermes nicht nur dadurch, daß er den Einkauf von Rohstoffen für die Deutsche Margarine- und Ölindustrie im Mai und Juni, als fremde Devisen sehr billig zu haben waren, verbot und erst jetzt, als die Valuta außerordentlich schlecht stand, wieder freigab, zu einer Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beigetragen haben, sondern man macht ihm auch den Vorwurf, daß er durch Freigabe der deutschen Ölfrüchte mindestens 300 Millionen Mark zugunsten der Agrarier und Händler verpulvert habe. Das Defizit von mindestens 1½ Milliarden Mark nur bei pflanzlichen Ölen und Fetten werde auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch die Hermes'sche Wirtschaft mit tierischen Fetten, die Einbeckung des deutschen Schmalzbedarfs bringe heute eine Mehrbelastung gegenüber dem Mai und Juni von za. ¾ Milliarden Mark, weil sich die Preise von 21 M auf 34 M gesteigert hätten. Nicht ohne Interesse sind nun die Akten, die die „Freiheit" veröffentlichen konnte über die Berufung von Hermes. Wenn diese Angaben richtig sind, so wurde von drei sehr einflußreichen Zentrumsabgeordneten seinerzeit eine Denkschrift eingereicht, in der die Berufung des Zentrumsmannes Hermes gefordert wurde, um den Einfluß der Katholiken zu stärken. An der Hand dieser Denkschrift schrieb der damalige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Albert: „Dieser Mann ist nach den Schriftstücken ein Juwel, nach meiner Kenntnis und Information hat er nicht das erforderliche Ausmaß. Vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparates. Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden." Jedenfalls weiß man nun, weshalb Herr Hermes den „einflußreichen Posten des Ernährungsministers" erhielt.

Nach der großen politischen Aussprache wird dann die Gesetzesarbeit des Reichstages beginnen. Eine Reihe der allerwichtigsten Vorlagen werden zu beraten sein. Bei der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues werden die Geister heftig aufeinanderplatzen, und es ist nach den Erfahrungen, die wir bisher leider haben machen müssen, sehr wahrscheinlich, daß diese Frage, für die doch einzig und allein wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, lediglich vom politischen Standpunkt aus behandelt und entschieden wird. Nicht minder umkämpft dürfte die Schlichtungsordnung werden, durch die die wilden Streiks, wie sie jetzt immer wieder zu verzeichnen sind, nach Möglichkeit vermieden werden sollen. Gerade die letzten Streiks haben ja gezeigt, wie wichtig es ist, daß ein einwandfreies Streikgesetz geschaffen wird. Von wichtigeren sozialen Gesetzen dürfte dann noch das Arbeitsnachweisgesetz zur Erledigung kommen. Werden sich so die Geister auf dem Gebiet der sozialen Frage scheiden, so wird auf kulturellem Gebiet das Reichsschulgesetz zu sehr lebhaften Kämpfen führen.

Französische Postkontrolle in Speyer.

Berlin, 21. Okt. Einer Meldung des „Lok.-Anz." zufolge hat die französische Militärverwaltung im Gebäude der Oberpostdirektion Speyer eine rücksichtslose Kontrolle der ein- und ausgehenden Postsäcke eingerichtet. Selbst eingeschriebene Briefe werden geöffnet, auch der Telegrammverkehr und sämtliche Ferngespräche werden von französischen Soldaten überwacht. Durch die infolge der Kontrolle eingetretene Verzögerung in der Briefbestellung wird die Speyerer Geschäftswelt sehr geschädigt.

Ein Vorschlag gegen die Besetzungsgefahr im Ruhrgebiet.

München, 21. Okt. Im Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages machte der Abg. Schlittenbauer einen Vorschlag, um die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets zu beseitigen. Er erklärte, man solle das Ruhrgebiet in eine wirtschaftliche Einheit zusammenfassen und für die Kohlenbergwerke eine Beteiligung amerikanischen Kapitals bis zu 25 Prozent herbeiführen. Dieses amerikanische Kapital würde sich der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich wohl zu widersetzen wissen.

Der polnische Terror in Oberschlesien.

Kattowitz, 21. Okt. (Eig. Meld.) Der deutsche Plebiszitkommissier in Kattowitz, Dr. Urbanek, hat dem General Martini in Oppeln ein Telegramm zugehen lassen, in dem er Schutz der deutschgesinnten Oberschlesier vor der Verwirklichung der Drohungen der Oberschlesischen Zeitung fordert. Das Blatt Korfantys hat mit nicht zu verkennender Absicht in Aussicht gestellt, binnen kurzer Zei die Namen derjenigen Heimatreuen bekannt zu geben, die die an dem Aufstandsverbrechen beteiligten Polen bei den Behörden angezeigt haben. In ihrer Nummer vom 17. Oktober hat die Grenzzeitung mit der Veröffentlichung von 15 Namen, die damit der Volksvut preisgegeben werden, bereits begonnen.

Vertreibung der Bergwerksbesitzer in Wales?

Berlin, 21. Okt. Wie die „D. Allgem. Ztg." aus London meldet, wurde auf einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter in Wales in Erwägung gezogen, die Zechenbesitzer am Freitag gewaltsam von den Bergwerken zu vertreiben und den Betrieb bis zur Regelung des Konflikts selbst durchzuführen.

Das Kärntner Gebiet frei von jugoslawischer Herrschaft.

Klagenfurt, 21. Okt. (Eig. Meld.) Nachdem die Plebiszitkommission das Resultat der Volksabstimmung in Kärnten sanktioniert hat, hat die Besatzer Renterung beschlossen, die Verwaltung in die Hände der Kommission zurückzulegen.

Die Hungersnot in China.

London, 21. Okt. (Eig. Meld.) Reuter meldet: Die chinesische Regierung hat eine Anleihe von 12 Mill. Dollar erbeten, um die Hungersnot zu bekämpfen. Das internationale Komitee zum Kampfe gegen die Hungersnot hat eine Anleihe von 15 Mill. vorgeschlagen, die durch Steuerzuschläge garantiert werden soll.

Stürmische Vorgänge im Danziger Parlament.

Danzig, 21. Okt. (Z.-U.) Zu stürmischen Vorgängen kam es gestern in der verfassungsgebenden Versammlung, als der Schriftführer ein längeres Schreiben des Danziger Landgerichtspräsidenten, der zugleich Mitglied des Staatsrates ist, verlesen wollte, in dem zu den Angriffen der Sozialisten gegen die Justizverwaltung Stellung genommen wird. Ein Unabhängiger riß das Schreiben in Stücke, wodurch ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Die Sitzung mußte dreimal unterbrochen und schließlich vertagt werden.

Danzig, 21. Okt. (WTB.) Wie heute aus Paris berichtet wird, wird die Errichtung der Freien Stadt Danzig voraussichtlich noch in dieser Woche erfolgen. Die Vertragsunterzeichnung ist für den 23. Oktober in Aussicht genommen.

Die englische Gesandtschaft in Dresden bereits aufgelöst.

Dresden, 21. Okt. (Eig. Meld.) Es wurde gemeldet, daß von einem Hauptmann Cado die Dresdener englische Gesandtschaft aufgelöst worden sei. Diese Meldung ist, wie das Leipziger Tageblatt hört, nur zum Teil richtig. Die englische Gesandtschaft ist bereits seit längerer Zeit aufgelöst. Es handelt sich jetzt nur darum, alle Angelegenheiten, meistens aber wohl privater Natur zu regeln.

Die Völkerbundsmission in Litauen eingetroffen.

Warschau, 21. Okt. (Eig. Meld.) Die vom Völkerbund nach Litauen entsandte militärische Kontrollkommission ist in Litauen angekommen. Die Kommission hat sich sofort nach Wilna begeben und dort mit den Vertretern der Regierung von Zentral-Litauen die Verhandlungen aufgenommen.

Königsberg, 21. Okt. (Eig. Meld.) Die Zivil- und Militärmissionen, die sich in Wilna befanden, haben die Stadt verlassen, um sich nach Kowno zu begeben. Der französische Vertreter ist auf seinem Posten geblieben und hat mitgeteilt, daß in der Stadt Ruhe herrscht.

Der Franzosenkummel im Saargebiet.

Saarbrücken, 21. Okt. Der ehemalige Abg. Ollmert wurde vom Kriegsgericht Saarbrücken der Saartruppen wegen Spionage und Hochverrat in continuacium zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Tagung des Völkerbundrates.

Brüssel, 21. Okt. Der Völkerbundsrat hielt am Mittwoch Vormittag unter dem Vorsitz von Hymans eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zuerst die Frage von Eupen und Malmedy in Angriff zu nehmen. Als zweite Frage wird das neue Statut über Armenien und hierauf die Organisation zur Bekämpfung des Typhus zur Sprache kommen.

Der Streik in Indien.

London, 21. Okt. (Eig. Meld.) Der Streik in den großen Industriezentren Indiens dauert an. Die Post- und Straßenbahnangestellten in Bombay befinden sich noch im Streik, in Bombay und Kalkutta wird die Möglichkeit eines Gasarbeiter- und Hafenarbeiterstreiks erwogen.

Der Reichstag wird also eine Reihe der wichtigsten Fragen zu erledigen haben. Ob es dem Kabinett Fehrenbach gelingt, alle diese Klippen glücklich zu umschiffen, muß abgewartet werden. Noch hat die Sozialdemokratie allerdings kein Interesse daran, das Kabinett zu stürzen. Die Rote dieses schweren Winters zu tragen, das wird man ihm vielleicht noch gnädig überlassen.

W. A.

Deutschland und die Entente.

Deutsche Fragen im englischen Unterhaus.

London, 20. Okt. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehe, und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde. Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schiffe abgeliefert habe, und daß Deutschland in weitgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kohlenabkommen nachgekommen sei. Weiterhin teilte er mit, daß bis von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschüsse ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschüsse beträgen.

„Echo de Paris" meldet: Die geplante Zusammenkunft zwischen Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten, die Ende Oktober hätte stattfinden sollen, und auf der die Frage der Abhaltung der Genfer Konferenz besprochen werden sollte, ist infolge des Bergarbeiterstreiks in England auf unbestimmte Zeit verschoben worden, so daß der Termin der Genfer Konferenz vorläufig auch nicht annähernd bestimmt werden kann.

Neue Lasten.

Nach einer Mitteilung der „Daily Mail" werden die englischen Besatzungstruppen im besetzten linken Rheingebiet um eine weitere Brigade verstärkt werden. Gleichzeitig soll auch die Überwachungskommission in Berlin um weitere 45 neue Beamte verstärkt worden sein. Die Folge hiervon ist natürlich auch eine Erhöhung der Kosten für die Ententekommissionen im Reichsetat.

Danzigs Schicksal.

Paris, 21. Okt. (Havas.) Der Botschafterrat genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Sonnabend die Übereinkunft gleichzeitig mit dem Beschluß der Mächte, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes zur Freien Stadt erhoben werden soll, unterzeichnet werden.

Die Dieselmotoren.

Angebliche Ablehnung der deutschen Proteste durch den militärischen Beirat der Botschafterkonferenz.

Wie der „Temps" berichtet, hat sich der militärische Beirat der Botschafterkonferenz mit der Frage der Ablieferung der deutschen Diesel-Motoren beschäftigt. Die Proteste Deutschlands wurden dabei in Erwägung gezogen, doch soll sich der Beirat, dem „Temps" zufolge, aus militärischen Gründen abermals für die Beschlagnahme der Motoren ausgesprochen haben. Nicht zum wenigsten sollen zu diesem Beschlusse des Beirates die Berichte der Ententekommissionen aus Deutschland mitgesprochen haben, die hervorheben, daß der Diesel-Motor fast ausschließlich für Schiffszwecke Verwendung finde und in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine geringe Bedeutung habe. (!) Die Botschafterkonferenz, die sich in der nächsten Woche gleichfalls mit der Frage der Auslieferung der deutschen Diesel-Motoren befassen wird, dürfte dann einen endgültigen Beschluß fassen, der, wie der „Temps" sagt, wohl nur eine Bestätigung des Urteils des militärischen Beirats darstellen wird.

Die schwarze Schmach im Westen.

Frankfurt a. M., 21. Okt. Im französisch besetzten Gebiet sind nach der kürzlich gemeldeten Verschärfung der Kontrollmaßnahmen und Verkehrsbeschränkungen neuerdings geringfügige Erleichterungen eingetreten. Die Belegung kleinerer Orte mit Truppen hat teilweise aufgehört, die Verkehrsbeschränkungen sind aufgehoben. Die Paßkontrolle wird nicht mehr streng und nur ausnahmsweise gehandhabt. Dafür hat ein grober Unfug gewaltig zugenommen: Die Ausübung der Jagd durch Offiziere, obwohl sie ihnen von den vorgesetzten Behörden verboten ist. Besonders aus der Umgebung von Mainz kommen Klagen in steigender Zahl, die erkennen lassen, daß dort die planlose Schießerei einen Umfang angenommen hat, der niemand seines Lebens sicher sein läßt. Die Jagdbächter, die oft von diesen Gentlemen-Wilddieben noch auf ihre Pässe kontrolliert werden, beabsichtigen Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Die Senegalneger sind aus dem französisch besetzten Gebiet zurückgezogen und nach Syrien geschickt worden. Dennoch sind noch rund 45000 Farbige im besetzten Gebiet, und zwar Madagassen, Algerier, Tunesier und Marokkaner. Der erreichte Erfolg ist also erst ein Teilerfolg, jedoch beweist er, daß die Anstrengungen zur Beseitigung der schwarzen Schmach nicht ganz vergeblich sind.

Die Lage im Reiche.

Neue Anzahlungen gegen eine Kriegsgesellschaft.

München, 21. Okt. Eine Denkschrift des Landesverbandes bayerischer Butter-, Käse- und Fettwarenhändler wirft dem Reichsausschuß für Öle und Fette und der Reichsfettstelle vor, daß sie die Einfuhr von Fett in einer Zeit verzögert und verhindert hätte, in der die Valuta besser stand. Weiter wird die schwere Beschuldigung erhoben, daß die Geschäftsführung jener Stellen und deren Günstlinge in der Lage gewesen seien, Fettwaren anzubieten, während der reelle Handel keine Einfuhrgenehmigung erhalten habe.

Vorbereitungen zur Neueinteilung des Reiches.

Die „Pol. Parl. Nachr." erfahren von zuständiger Stelle in Berlin: Die auf Beschluß der Nationalversammlung beim Reichsministerium des Innern errichtete Zentrale für Umbildung der deutschen Länder wird demnächst ihre Arbeit aufnehmen. Ihr Aufgabengebiet ist das folgende: Den Vollzug des Artikels 18 der Reichsverfassung vorzubereiten, die verschiedenartigen auf Neubildung von Ländern geäußerten Wünsche zu sammeln, von allen maßgebenden Gesichtspunkten aus zu prüfen, die Möglichkeit der Vereinbarung widerstreitender Interessen zu untersuchen und dem Reichsministerium des Innern Gutachten hierüber zu erstatten. Die beteiligten Bevölkerungen und Länder werden nach Maßgabe der Verfassung gehört werden. Die Einzelheiten über die Volksabstimmung und die Herbeiführung einer solchen auf Grund der Initiative der beteiligten Bevölkerung wird in dem Gesetz über den Volksentscheid geregelt werden, dessen Entwurf demnächst dem Reichstag zugehen soll.

Streik im Fischereihafen von Geestemünde.

Berlin, 21. Okt. Im Fischereihafen von Geestemünde ist ein Streik ausgebrochen. Die Hafenarbeiter, die Arbeiter der Fischindustrie, die Bahnspeditionen und die Eisenbahnarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich dabei nur um Lohnforderungen. Um ein Verderben der Fische zu verhindern, hat Oberpräsident Noske die technische Nothilfe eingesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0001

Quäkerspeisungen auch für Studenten.

Berlin, 21. Okt. Die Quäker werden, wie wir hören, am 1. November mit der Einrichtung von Speisungen für die Studentenschaft an den Universitäten und Technischen Hochschulen in Berlin, Breslau, Bonn, Dresden, Frankfurt a. M., Göttingen, Leipzig und Mannheim beginnen. Diese Maßnahme, die angesichts der Notlage unserer studierenden Jugend mit besonderer Dankbarkeit begrüßt wird, wird von den Quäkern im engsten Zusammenarbeiten mit den lokalen Ausschüssen durchgeführt, in denen der Rektor der betreffenden Hochschule und Vertreter der Studentenschaft entsprechend mitwirken werden.

Politische Uebersicht.

Die Entwicklung des Streiks in England.

Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" wird aus Rotterdam gemeldet: Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind noch keine Schritte unternommen worden, um die Führer der Kohlenarbeiter zusammenzurufen. Die in London weilenden Führer stehen auf dem Standpunkt, daß die Erklärungen Lloyd Georges einen solchen Schritt nicht rechtfertigen, da er keinerlei Entgegenkommen gezeigt habe. Sie sind entrüstet darüber, daß die Vorschläge ihres Kollegen Brace nicht angenommen worden sind. Die Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs sind bereits eingeführt und schließen auch die Einschränkungen der Verbindung mit dem Kontinent ein. Seit Sonntag wird nur einmal am Tage eine Verbindung zwischen Dover und Calais hergestellt. Auch scheint der Dienst auf den drei anderen Routen Ostende, Vlissingen und Hoek van Holland vollständig eingestellt zu werden. Bis jetzt sind 500 000 **Arbeiter auf den verschiedensten Eisen- und Stahlwerken arbeitslos.** Die Schiffswerften können nur noch 14 Tage aushalten. Im Norden von Yorkshire hat man begonnen, die Hochöfen auszublasen. Aus den Eisengruben werden die Pferde herausgezogen. Nur wenige Stahl- und Eisenwerke beschäftigen noch für eine Woche ihre Arbeiter. Der Bund der Eisenbahner hat einen Beschluß gefaßt, worin gesagt wird, daß die Weigerung der Regierung, die gerechten Forderungen der Grubenarbeiter zu erfüllen, einen Angriff auf die ganzen Gewerkschaften bedeute und daß die Delegierten des Bundes deshalb ermächtigt werden, für einen Streik zu stimmen. Sie haben in einer gemeinsamen Konferenz in Maynooth auch eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß das gegenwärtige Regime in Irland gekennzeichnet sei durch Terror, Parteilichkeit, Mutlosigkeit und Missetat, die nicht nur durch unverantwortliche Personen, sondern auch durch die Regierung selbst geduldet und unterstützt werde. Die Bischöfe erklären, daß irische Männer und Frauen mißhandelt wurden, und sie verlangen, daß diese Zustände untersucht werden und daß man Irland die freie Selbstverwaltung gebe.

Drohender Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft.

Zürich, 21. Okt. Die „Morningpost" berichtet, daß das Kriegsministerium infolge des Bergarbeiterstreiks und eines drohenden Generalstreiks der Arbeiterschaft sämtliche Beurlaubungen der Territorialarmee und Marine aufgehoben hat. In den britischen Garnisonen und Hafenstädten sind die Truppen in ständiger Alarmbereitschaft.

*

Was geht in Griechenland vor?

Der König Alexander soll totkrank sein. Er ist zwar noch jung, aber die Wege und Mittel Venizelos' sind unerforschlich. Der Kreter ist nicht nur ein ehrgeiziger Staatsmann, sondern auch außerordentlich zähe und verschlagen. Die monarchische Staatsform war immer ein Greuel in seinen Augen, nicht weil er Demokrat ist, sondern weil er als geborener Autokrat rücksichtslos zur Macht strebt. Solange das Heer im Kern monarchisch war, wußte er sich den Tatsachen geschickt anzupassen. Es gab keinen ergebeneren Diener der Monarchie als Venizelos. Der Krieg brachte seine Pläne insofern zum Reifen, als es ihm gelang, König Konstantin zu beseitigen. Das war indessen nicht sein Werk, denn die Ausführung blieb den kräftigeren Händen der Vielverbandsgenerale und Admirale überlassen. Der Ausgang des Krieges hat Venizelos' Stirn mit dem Strahlenkranz des erfolgreichen Staatsmannes umwoben. Auf diese Macht gestützt, wußte er Verwaltung und Heer nach und nach so zu beeinflussen, daß sie seinen Plänen keinen Widerstand entgegensetzten. Eines Tages wurde König Alexander von einem Affen tödlich gebissen. Der Biß wird vielleicht nicht nur für ihn, sondern auch für die Monarchie tödlich sein. Noch ist Venizelos nicht am Ziel. Er wird auf der einen Seite ebenso bitter gehaßt, wie auf der anderen Seite bewundert. Der Verband indessen wird ihm kein Hindernis auf den Weg zur Staatspräsidentschaft legen.

*

Österreich.

Osttirol beschließt den Anschluß an Deutschland.

Innsbruck, 21. Okt. Vertreter aller Stände des Bezirks Lienz in Osttirol beschlossen angesichts der Vernachlässigung und der Vereinsamung ihres Landesteiles den Anschluß ihres Bezirkes an Deutschland mit dem Namen „Deutscher Gau Osttirol". Dieser Beschluß wurde öffentlich verkündet und eine Aufforderung um Zustimmung an die Regierung Deutschlands und Österreichs gesandt.

*

Deutschland.

Die Spaltung der USPD.

In den Reihen der USPD. tobt nach dem Spaltungsparteitage heftiger Kampf auf der ganzen Linie. Allerorten ringen die örtlichen Gruppen um die Macht, d. h. um die Parteipresse, um die Parteibüros und vor allem um die Parteikassen, wobei die Moskauer der rücksichtslos angreifende Teil sind. Dem schon gemeldeten nächtlichen Besuch der Moskauer im Berliner Parteibüro der USPD. am Schiffbauerdamm versucht zwar die „Rote Fahne" ein harmloses Mäntelchen umzuhängen, indem sie schreibt: „Der vom Parteitag in Halle nach dem Abzug der Hilferdingianer rechtmäßig gewählte Parteivorstand wollte sein Büro aufsuchen, fand aber, daß die Schlösser bereits, wahrscheinlich auf Veranlassung Crispiens und der anderen, geändert worden waren." Dazu bemerkt der „Vorwärts" recht launig: „Daß ein „rechtmäßiger" Parteivorstand sein Büro aufsucht, indem er zu nächtlicher Stunde eine Anzahl Individuen ein verschlossenes Gittertor überklettern läßt, dürfte immerhin zu den Seltenheiten gehören. Jedenfalls wird durch diese Mitteilung der „Roten Fahne" bestätigt, daß der versuchte Einbruch mit Wissen und Billigung der neukommunistischen Leitung stattgefunden hat."

Die Abgeordneten Kunert und Raute sollen ihre Mandate niederlegen!

Der in Halle abgehaltene Bezirkstag der USP. fordert in einer Entschließung die Reichstagsabgeordneten Friedrich Kunert und Raute, die gegen den Anschluß an Moskau gestimmt haben, auf, ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen.

Die Auflösung der USPD.

Berlin, 21. Okt. Der Ältestenrat der Preußischen Landesversammlung hat entschieden, daß die Fraktion der Unabhängigen als aufgelöst zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mitgliedern ist anheimgegeben worden, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und einem Programm einzureichen. Diese Mitglieder würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

Adolf Hoffmann reist nach Moskau.

Berlin, 21. Okt. Aus linksunabhängigen Parteikreisen erfährt die „Dena", daß als deutsches Mitglied in die Exekutive der 3. Internationale auf Grund der in Halle ausgesprochenen Einladung Sinowjews Adolf Hoffmann delegiert werden soll. Er wird voraussichtlich in etwa 3 Wochen nach Moskau reisen.

Aufrufe ohne Ende.

Es wird jetzt einigermaßen schwer, sich in dem Wirrwarr der linksradikalen Parteien zurecht zu finden. Zunächst gibt es jetzt zwei Parteien, die sich beide USP. nennen. Die Leute um Däumig werden ja sehr bald bei den Kommunisten unterkriechen, aber vorläufig wollen sie noch die Kasse und die Presse retten und den Anschein erwecken, als ob sie, da sie die Mehrheit in Halle hatten, die rechtmäßige Fortsetzung seien. Die beiden Parteien haben jetzt Aufrufe erlassen, in denen um die Seele der bisherigen USP.-Anhänger gerungen wird. Der Aufruf der Dittmänner erscheint in der „Freiheit", der der Däumige in der „Roten Fahne", Volksblatt in Halle und deren Ableger. Die Aufrufe sind inhaltlich ohne jede Bedeutung. Es ist höchstens charakteristisch, daß auch die Dittmänner nicht wagen, sich zur Demokratie zu bekennen. Dagegen berufen sich die Däumige an vier Stellen ihres Aufrufes darauf, daß sie in Halle in der Mehrheit gewesen seien. Was wird zu dieser Inanspruchnahme des demokratischen Mehrheitswillens Moskau sagen?

Der Kampf um die „Leipziger Volkszeitung".

Leipzig, 21. Okt. Das moskowitische Aktionskomitee der U. S. P. in Leipzig verbreitet jetzt in Leipzig das Hallesche „Volksblatt" als „Mitteilungsblatt" für den Bezirk Leipzig. In einem darin veröffentlichten Aufruf an die Leipziger Arbeiter heißt es u. a.: Die Minderheit erklärt sich fälschlich für die U. S. P. D. und sucht dort, wo sie die Gewalt hat, den Parteiapparat, Zeitungen usw. zu rauben. Auch unser Leipziger Blatt, das wir mit großen Opfern aufgebaut, steht unserer Partei nunmehr feindlich gegenüber. Wir brauchen ein Blatt, das für die Revolution und nicht gegen sie kämpft. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, an Stelle der „Leipziger Volkszeitung" das „Volksblatt" für Halle zu abonnieren. Der Aufruf schließt: Die „Leipziger Volkszeitung" hat schon während des Ringens um Klarheit mit den niedrigsten Mitteln der Verleumdung und Lüge gekämpft; sie hat über die Beratungen in Halle entstellte und lügenhafte Berichte gebracht und ist offen in das Lager der Feinde unserer Partei übergegangen. Das Faß ist voll. Duldet nur eine wahrhaft revolutionäre Presse. (Allem Anschein nach bedeutet dies der Anfang zur Gründung eines neuen Parteiorgans. Die Red.) — Hierzu bemerkt die „Leipziger Volkszeitung" in ihrer heutigen Nummer u. a.: Die Unabhängige Sozialdemokratie kann dem Kampf gegen ihr Leipziger Parteiorgan mit größter Ruhe entgegensehen. Viel Abonnenten werden die Hallenser in Leipzig nicht erwerben.

*

Der Besoldungsausschuß des Reichstags,

in dem der demokratische Abg. **Delius** den Vorsitz führt, hatte seine Sitzungen in der letzten Woche wegen der Parteitage der beiden sozialistischen Parteien vertagen müssen. Am Montag nimmt der Ausschuß seine Sitzungen wieder auf. Voraussichtlich wird er sich zunächst mit der Frage des Sperrgesetzes beschäftigen und sich dabei entscheiden müssen, ob man dem Gesetze rückwirkende Kraft beilegt oder nicht. Wirklich wirksam kann das Sperrgesetz nur dann sein, wenn die rückwirkende Kraft ausgesprochen wird. Nur dann ist es möglich, eine Gleichheit in der Besoldung der Reichs-, Länder- und Gemeindebeamten herbeizuführen. Ohne diese notwendige Gleichheit läßt sich die Erregung in den Kreisen der Beamten nicht beseitigen. Die stärksten Widerstände sind von der bayerischen Regierung zu erwarten, während die preußische Regierung dem Gedanken des Sperrgesetzes sympathisch gegenüber steht.

Nach Erledigung dieser Materie wird sich der Ausschuß mit der Einreihung der Betriebsassistenten und der weiblichen Beamten beschäftigen. Gegen die Höherstufung der Beamtinnen wird starker Widerspruch seitens der früheren unteren Beamten erhoben. Der Ausschuß wird selbstverständlich die Einwände prüfen, aber auch objektiv feststellen müssen, wieweit der Wunsch der Beamtinnen, der starke Stütze durch die beiden Verkehrsminister findet, berechtigt ist.

Der demokratische Abgeordnete Delius

hat folgende zwei Anfragen im Reichstag gestellt:

1. Eine Reihe von Privateisenbahnen steht infolge der fortgesetzten Erhöhungen der Betriebsunkosten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Damit würden sich die Verkehrsverhältnisse vieler, namentlich ländlicher Gegenden geradezu trostlos gestalten, Handel und Industrie schwer beeinträchtigt und viele Angestellten- und Arbeiterfamilien brotlos werden.

Hat die Regierung diesen Zuständen ihre Aufmerksamkeit zugewendet und was gedenkt sie zu tun, um ihnen zu begegnen?

2. Die Bezüge der im Ruhestand lebenden Eisenbahnarbeiter, denen Pensionen aus der Pensionszuschußkasse B gezahlt werden, sind jetzt so gering, daß sie dabei keineswegs auch nur notdürftig ihr Leben fristen können.

Ebenso unzureichend sind die Bezüge der Witwen der ehemaligen Eisenbahnbeamten, die bei der Übernahme der Privateisenbahnen in den Staatsbetrieb auf die gesetzliche Versorgung verzichtet und sich für die Versorgung aus den bestehenden Pensionskassen entschieden hatten.

Sind der Regierung diese Notlagen bekannt und ist sie bereit, eine Erhöhung der Renten der Arbeiter und eine Aufbesserung der Witwenbezüge anzuregen?

Provinz und Nachbarländer.

h. **Halle**, 21. Okt. In der Stadtverordnetensitzung wurde der neugewählte besoldete Stadtrat Dölz (Mehrheitssoz.) vom Oberbürgermeister Rive in sein Amt eingeführt. Die Bestätigung des Stadtrats Kilian (U. S.) ist noch nicht erfolgt. Die freigewordene Stelle des Stadtschulrats soll öffentlich ausgeschrieben werden. Die 40 Millionen-Mark-Anleihe wurde ohne Debatte einstimmig angenommen und der Erhöhung der Bäderpreise im Stadtbad stimmte die Versammlung zu. Die U. S. P. beantragte die Bildung einer Kommission aus Vertretern aller Parteien, um die Schülerbibliotheken einer Revision zu unterziehen. Nach langer Aussprache wurde der Antrag mit 32 bürgerlichen gegen 30 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde die Verlegung des Religionsunterrichts auf die Schlußstunde angenommen. — Hochschulnachrichten. Der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Köllreutter in Halle hat einen Ruf als ordentlicher Professor für öffentliches und kirchliches Recht an der Universität Jena angenommen.

Mitteldeutscher Techniker-Gautag.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt am Sonntag in Erfurt für den Gau Mitteldeutschland einen Gautag ab. Aus dem Bericht des Gauleiters Blumenschein-Halle ist zu entnehmen, daß in Erfurt für den Bezirk Thüringen eine Nebenstelle gegründet werden soll. Der Gau zählt bis Juli 122 Ortsverwaltungen, von denen 27 ausschieden und zum Gau Hannover-Braunschweig übergingen. 42 Bezirke bilden den Gau Thüringen mit dem Sitz in Erfurt. Die Tarifberatungen waren meist günstig, nur in der keramischen Industrie bisher erfolglos. Ein Zusammenschluß der Staats- und der Gemeindetechniker steht bevor. Es entspann sich über den Bericht eine rege Aussprache, die sich zu einer Entschließung verdichtete, welche sich gegen die ablehnende Haltung der Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie in der Frage der Abschließung von Bezirkstarifen wendet. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Eine weitere Entschließung, die sich gegen die Vernichtung der Dieselmotore wendet, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Sie hat einen Wortlaut, in welchem von den maßgebenden Regierungsinstanzen geeignete Abwehrmaßnahmen gefordert werden: Die technischen Angestellten und Beamten werden nicht die geringste Mithilfe bei der verlangten Vernichtung des wertvollen Gutes leisten. — Nachdem sodann 27 Anträge, teils abgelehnt, teils dem Gau- oder Bundesvorstand als Material überwiesen waren, hielt Klostermann-Jena einen Vortrag über „Ehrenamtliche Tätigkeit in der Gewerkschaft" und Bratge-Halle über Werbearbeit. In den Gauvorstand wurden gewählt als ordentliche Mitglieder: Klostermann-Jena, Ravenroth-Magdeburg, Wuttke-Erfurt, Kunze-Dessau und Döberitz-Zeitz, als Ersatzmänner Otto Weber-Magdeburg, Lier-Frankleben, Otto-Gotha, Finke-Nordhausen und Genn-Leuna. Als Gauleiter wurde Blumenschein-Halle aufs neue bestätigt. Der nächste Gautag findet in Magdeburg statt. H.

Kohlengasvergiftung in einem Dresdener Lazarett.

Dresden 21. Okt. Im hiesigen Reservelazarett ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Infolge Ausströmens von Kohlen-Oxydgasen aus der Wärmeluftleitung sind etwa 20 Soldaten vergiftet und teilweise betäubt worden. Einige von ihnen schweben in Lebensgefahr. Sie wurden alle nach dem Krankenhause gebracht.

*

Die Versorgungsbezirke gegen das diktierte kostspielige Landabsatzverfahren.

Wir berichteten kürzlich über eine Besprechung der Vertreter der Versorgungsbezirke mit dem Vertreter des Reichskohlenkommissars in Halle über die Neuregelung des Landabsatzes der Braunkohlen im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier vom 1. November 1920 ab. Die Besprechung nahm bekanntlich einen recht seltsamen Verlauf. Am Sonnabend den 9. Oktober fand nun im Hohenzollern-Haus in Halle die zweite Besprechung mit dem Reichskommissar statt. Dieser Besprechung ging voraus eine geschlossene Beratung der Vertreter der Versorgungsbezirke über die einzunehmende Stellung in der späteren Verhandlung, gegenüber der amtlichen Verteilungsstelle in Halle. Hierbei erstattete ein Vertreter von Dessau zuerst Bericht über die Verhandlungen der fünfgliedrigen Kommission mit dem Reichskohlenkommissar in Berlin am vorhergegangenen Donnerstag. Dem Vertreter des Reichskohlenkommissars dort, Oberamtmann Röder, gegenüber brachten die Versorgungsbezirke zum Ausdruck, daß sie durchaus mit dem Reichskommissar der Meinung seien, daß alles getan werden müsse, was zur Bekämpfung des Schleichhandels möglich, sie glauben aber nicht daran, daß durch den Erlaß der geplanten Bekanntmachung dies erreicht wird. Der Schleichhandel beruhe fast ausschließlich auf der Deputatkohle und darauf, daß auch die Landwirte vielfach im Tauschhandel mit den Werken stehen. Es müsse **vor allen Dingen die Versorgung mit Deputatkohle so geregelt werden, daß der Schleichhandel ausgeschlossen wäre.** Darauf antwortete der Vertreter des Reichskohlenkommissars, daß mit den Arbeiterorganisationen voraussichtlich befriedigende Verhandlungen geführt werden. Von der Kommission wurde besonders betont, daß den

Kommunalverbänden ganz erhebliche Kosten entstehen,

noch dazu in einer Zeit, in der allgemein auf den Abbau hingearbeitet wird und den Gemeinden die Steuerhoheit abgenommen worden ist. Der Vertreter war über die verunglückte Besprechung in Halle unterrichtet und sagte darüber, daß der Reichskommissarvertreter in Halle nicht besonders geschickt operiert habe. Ein Beauftragter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, die Verordnung würde unter allen Umständen durchgeführt und die Gemeinden müßten sie eben „schlucken". Die Anordnung bestehe schon seit langer Zeit. Und im übrigen trage die Kosten der Kohlenpolizei der preußische Staat. Bezüglich der Bestreitung der Kosten durch Erhebung von Gebühren vertrete das Reichsfinanzministerium die Ansicht, daß eine solche Abgabe nicht zulässig sei. Aus dem ganzen Bericht ging mit der größten Deutlichkeit hervor, daß die Kommission nicht das Geringste in dieser Verhandlung mit den Berliner Stellen erreichte. Ein Teil der Vertreter der Versorgungsbezirke erklärt, daß sie sich den Anordnungen des Reichskommissars nicht unterwerfen würden, die Bevölkerung würde sich auf eine Verschärfung der Kohlenwirtschaft, sei es auch nur des Landabsatzes, nicht einlassen, und zur Selbsthilfe schreiten. Zum Schluß genehmigten die Vertreter einstimmig die folgende

Entschließung:

Die am 9. Oktober 1920 versammelten Vertreter der Kohlenversorgungsbezirke protestieren gegen den vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung geplanten Erlaß über den Landabsatz. Sie lehnen jede Verantwortung für die Folgen, die durch den Erlaß dieser Anordnung entstehen sollten, ab.

Es wurde dann noch ein enger Zusammenschluß und Miteinanderarbeiten der Versorgungsstellen besprochen und folgendes beschlossen: Zur Erledigung der schwebenden Fragen und zur Einleitung der erforderlichen nächsten Maßnahmen wird ein Ausschuß von 7 oder 12 Mitgliedern vorgeschlagen. Die Fünferkommission, die die Versorgungsbezirke in Berlin vertreten hat, soll die Führung behalten und sich bei Bedarf durch Zuwahl einer Anzahl weiterer Mitglieder ergänzen.

In der um 2 Uhr nachmittags anschließenden **Besprechung** mit dem Vertreter des **Reichskohlenkommissars in Halle, Herrn Bergmeister**, gab dieser gleich bekannt, daß der Reichskohlenkommissar in Berlin gezwungen sei, darauf zu halten, daß die Verordnung auch für die angrenzenden Bezirke der amtlichen Verteilungsstelle in Halle am 1. November 1920 in Wirkung trete. Der Vertreter von Staßfurt erklärte hierauf, daß die Versorgungsbezirke nach den Äußerungen des Vertreters des Reichskohlenkommissars die Verordnung eben schlucken müßten. Er betone aber ausdrücklich, daß

die Versorgungsbezirke die Anordnung grundsätzlich ablehnen

und ebenso die daraus etwa entstehenden Folgen. Die erhoffte Verschiebung des Inkrafttretens der Verordnung sei vom Reichskohlenkommissar abgelehnt worden. Die Versorgungsbezirke seien nunmehr gezwungen, sich zu einem Rechtsverbande zusammenzuschließen, um ihre Interessen zu wahren. Den Versorgungsbezirken würde die Verordnung einfach diktiert, während mit anderen Organisationen, z. B. Arbeiterorganisationen, wegen der Deputatkohle, verhandelt. Der Herr Reichskohlenkommissar in Berlin habe zugesagt, daß bei Durchführung der Bestimmungen auf die lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse eingegangen werden solle. Der Staßfurter Vertreter legt dem Leiter der amtlichen Verteilungsstelle in Halle ans Herz, diesen Richtlinien des Reichskommissars auch nachzukommen.

Im Verlaufe der Besprechung sagt auf die mancherlei Anregungen der Vertreter der Versorgungsbezirke der Reichskommissarvertreter zu, folgenden Wünschen möglichst nachzukommen: Die Landabsatzscheine sollen noch technisch verbessert werden, und die Zuteilung nach Wahl der Versorgungsbezirke erfolgen, auch für größere Zeitabschnitte. Sie sollen auf folgende Gewichtsmengen lautend gedruckt werden auf 1, 2, 5, 10, 20, 40 und 100 Zentner. Hinsichtlich des Umtausches für die ohne Verschulden verfallenen Landabsatz-Bezugsscheine sagt die amtliche Verteilungsstelle größtes Entgegenkommen zu. Die Scheine sind nur für Landabfuhr ab Werk gültig und für Empfänger nicht übertragbar. Eine Vereinfachung oder Beseitigung des Beförderungsausweises für den zentnerweisen Bezug der Verbraucher an den Gruben wegen der ungeheuren Mehrarbeit für das Grubenpersonal wird abgelehnt. Angesichts der großen Fabrikation von Grudekoks sollen soviel wie möglich Grudebezugsscheine ausgestellt werden von der amtlichen Verteilungsstelle und in absehbarer Zeit eine Neuregelung des Grudebezuges von Berlin aus durchgeführt werden, nach der die Versorgungsbezirke mit mehr Grudekoks als bisher rechnen könnten. Die Deputatkohle darf künftig gleichfalls nur noch mit den vorgeschriebenen Beförderungsausweisen befördert werden, weshalb die Versorgungsbezirke ihren Bedarf an Deputatkohlenkarten möglichst umgehend anmelden sollen. Zur Behebung der augenblicklich sehr schlechten Belieferung von Schmiedekohle hatte schon der Reichskommissar in Berlin bei der Donnerstagverhandlung die Versorgungsbezirke ersucht, ihm sofort die noch nicht belieferten Reichshausbrand-Bezugsscheine auf Schmiedekohle einzusenden, die er umgehend zur vorzugsweisen Belieferung anweisen würde. Über die

Einführung der Kohlenpolizei

führte der Reichskommissarvertreter aus: Wie er bisher unterrichtet sei, würde die Kohlenpolizei zunächst nur in Stärke von 25 Mann im westlichen Bezirke von Leipzig errichtet werden. In den weniger gefährdeten Bezirken sei vorläufig nicht mit einer Kohlenpolizei zu rechnen. Nach den Mitteilungen des Reichskommissars in Berlin hält sich in Westfalen die Kohlenpolizei — etwa 5—10 Mann — auf den Straßen auf und beschlagnahme die Kohlenwagen, sobald sich der Führer nicht durch einen Beförderungsschein ausweisen kann. Die Kosten der Polizei seien zum erheblichen Teil in Westfalen aus dem Erlös der Beschlagnahme unberechtigter Kohlentransporte eingekommen. Im Übrigen trage die Kosten der Kohlenpolizei der preußische Staat.

Die Kostenfrage spielt keine Rolle

bei den Herren Reichskommissaren. So entgegnet der Leiter der amtlichen Verteilungsstelle in Halle auf die Vorhaltungen der Versorgungsbezirke, daß die neue Verordnung durch ihre ganze Schreibarbeit die Arbeit der Gemeinden verdopple und daß die Gemeinden nicht imstande seien, noch länger die Kosten der Kohlenverteilungsstellen zu tragen. Die geringen Kosten seien bei dem Etat einer Gemeinde eine Kleinigkeit! Im übrigen erheben seines Wissens die Kohlenstellen schon jetzt Gebühren für die Ausfertigung der Scheine. Er selbst sei an sich gegen die Erhebung von Gebühren zur Deckung von Kosten. Die paar Pfennige für die Gemeinden machten auch nicht so viel aus. Er ist aber bereit, die Wünsche der Vertreter der Versorgungsbezirke, die Kosten auf das Reich zu übernehmen, dem Reichskommissar in Berlin zu übermitteln. Der Sprecher der Versorgungsbezirke wies darauf hin, daß die Versorgungsbezirke ihre Scheine bereits gedruckt hätten und die amtliche Verteilungsstelle zwinge sie dazu, wiederum Kosten auf sich zu nehmen. Die amtliche Verteilungsstelle müßte daher die Druckkosten übernehmen und die neuen Landabsatzbezugsscheine unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Da die Vertreter der Versorgungsbezirke sich vorher über ihr Verhalten klar geworden waren, verlief diese Besprechung ruhig. Auch war der Vertreter des Reichskommissars in Halle in dieser Sitzung auffallend höflicher und entgegenkommender, als in der berichteten ersten Besprechung. Ein unglücklicher Pressevertreter einer Halleschen Zeitung, der ungeladen erschienen war, wurde von dem Herrn Kommissar höflichst an die frische Luft gesetzt. Der Herr Reichskommissar in Halle scheint also in dieser Hinsicht — Bedeutung der Presse für die Öffentlichkeit — noch nichts hinzugelernt zu haben. Im Übrigen sprechen wir die Erwartung aus, daß sich der neuernannte Reichsfinanzkommissar und

Sparsamkeitsdiktator Dr. Carl

baldigst und ausgiebig mit dieser Angelegenheit beschäftigt und den Gemeinden und dem Reiche die sämtlichen ungeheuren Kosten für Personal, neue Formulare, überflüssig gewordene Formulare, Kohlenpolizei, Werksunkosten usw. völlig erspart, indem er die Herren Reichskommissare alles aus ihrer Tasche bezahlen läßt. Das wird dann wohl etwas zur Sparsamkeit erziehen und verhüten, daß das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird allein für die vielen Tausende hinfällig gewordener Formulare. Das Tragen der Kosten macht ja schließlich den Herren Reichskommissaren nichts aus, da nach den Worten des Leiters in Halle nur monatlich wenigstens 40 000 Karten nach vorläufiger Schätzung für den Bezirk der amtlichen Verteilungsstelle Halle benötigt werden. Der Preis dafür stellt sich nach dem bisherigen Voranschlag auf 9,5 Pfennig das Stück, was die Gesamtkosten, ohne die doppelte Arbeit, neues Personal, Kohlenpolizei usw. ausmachen, kann sich jeder leicht selbst ausrechnen. Dazu noch die „billigen" Kohlenpreise. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920102 1-10/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

21. Oktober.

** Als Flachsaufkäufer für den Kreis Merseburg sind bestellt worden: für Flachs aller Arten Hugo Hoppe in Könnern, für Strohflachs die Aktien-Walzfabrik in Könnern a. d. S. Den Flachsanbauern des Jahres 1920 werden auf besonderen Antrag nach Ablieferung ihres Flachses und Ausfüllung eines Lieferscheines Tops am Himmel stand zurückgeliefert, worüber das Nähere von den Aufkäufern oder der Deutschen Flachsbau-Gesellschaft zu erfahren ist.

** Wiedererscheinen der Venus. Im Oktober beginnt die neue Sichtbarkeitsperiode der Venus. Nachdem Venus im Januar und Februar d. J. nur kurze Zeit als Morgenstern den Ostimmel geschmückt hatte, ist sie während des ganzen Frühjahrs und Sommers verborgen geblieben, da sie mit der Sonne am Tage am Himmel stand. Jetzt wird sie nun wieder als Abendstern auftauchen und zunächst als solcher bis Anfang April 1921 sichtbar bleiben.

** Gewerkschaften und Friedensvertrag. Die interalliierte Militärkommission hat bei der Reichsregierung darüber Beschwerde geführt, daß die Durchführung des Teiles V des Friedensvertrages und die Kontrolle hierüber durch passives und aktives Verhalten der Arbeitnehmer behindert würde. Die Gewerkschaften sind daher vom Reichsarbeitsministerium zur Einwirkung auf ihre Mitgliedschaften ersucht worden. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) in Berlin hat dem Reichsarbeitsministerium seine Mitwirkung hierbei zugesagt, hat jedoch gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung mehr als bisher alles tun müsse, um die Zerstörung des aus früherem Kriegsgerät verbleibenden und zu wirtschaftlichen Zwecken noch brauchbaren Materials zu verhindern. Die Bestimmung des § 189 des Friedensvertrages, der die Verwendung der aus dem Abbruch von Kriegsfahrzeugen herrührenden Gegenstände, Maschinen und sonstiger Materialien zu wirtschaftlichen Zwecken ausdrücklich zuläßt, müßte sinngemäß allgemein zur Anwendung gelangen.

** Schwerer Kaninchendiebstahl. In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. drangen Diebe in das Gehöft Bürgergarten 4 ein und stahlen dem Posthofmeister Otto Lorenz 8 Stück Riesenkaninchen im Werte von 500 M. Die Diebe zerschnitten mittels Drahtschere den Gartenzaun und konnten so ungehindert in die Laube, wo die Kaninchen waren, eindringen und ihr ruchloses Handwerk ausführen. Sofortige Ermittelungen nach den Tätern blieben erfolglos.

** 35 jähriges Bestehen des Turnvereins Rothstein. Der Turnverein Rothstein, benannt nach dem preußischen Major Hugo Rothstein, der das Turnen beim preußischen Heere zur Einführung brachte und die Militär-Turnanstalt begründete, begeht am kommenden Sonnabend und Sonntag die Feier seines 35jährigen Bestehens im großen, festlich dekorierten Casinosaal hierselbst. Für Sonnabend abend ist ein reichhaltiges Programm vorgesehen, welches Konzert, Theater und turnerische Vorführungen der Turner und Turnerinnen bringt. Sonntag nachmittag, 2 Uhr, findet auf dem Turnplatz des Vereins, Neumarkt Straße, die Weihe eines dem Andenken der gefallenen Turner gewidmeten Gedenksteins statt, für welchen die Mittel durch freiwillige Spenden der Mitglieder aufgebracht wurden. Ein Ball gibt dem Stiftungsfest am Sonntag einen würdigen Abschluß.

** Merseburger Musikverein. Gestern abend fand das erste Konzert im Schloßgartensalon statt. Es brachte den schon lange in Aussicht gestellten Liederabend von Frau Elisabeth Schumann von der Staatsoper in Wien. Der schöne Saal unseres Schloßgartensalons war bis auf den letzten Platz voll besetzt und die allgemeine Erwartung durch das wiederholte Hinausschieben des Abends noch besonders gespannt; denn Frau Elisabeth Schumann ist ein Merseburger Kind, die Tochter unseres Domorganisten, deren Mutter viele hereinst ihres schönen Gesanges wegen bewunderten. Glänzende Erfolge hat die junge Künstlerin, die früher in Dresden und Hamburg war, schon errungen, und überall, wo sie sich hören läßt, fliegen ihr die Herzen zu, so daß ihr Leben einem Triumphzuge zu vergleichen ist. Auch hier in ihrer Vaterstadt, in dem Saale, wo sie früher als junges Mädchen mit höher klopfendem Herzen die Konzerte unseres Musikvereins genoß und von künftigen Erfolgen träumte, die ihr nun so reichlich zuteil geworden, wurde sie mit Freude und Anerkennung begrüßt und nach allen Stücken des so schnell vorüberrauschenden Programms sowie bei jedem neuen Auftreten mit dem lebhaftesten Beifall bedacht. Die gefeierte Künstlerin war denn auch so liebenswürdig, den Musikfreunden ihrer Vaterstadt in reichlichstem Maße Gaben zu spenden, die wieder langanhaltende Beifallsstürme auslösten. Sie sang zunächst die Motette Exsulate, jubilate von Mozart, die ihr Gelegenheit gab, ihre großen und schönen, aufs beste geschulten Stimmittel voll zu entfalten und das Freudige, Songhafte, Lebensbejahende, das ihr besonders liegt, voll zur Geltung zu bringen. Entzückend sang sie die Schumannlieder, die bei den zweiten Teil des Programms bildeten. Die Leichtigkeit, Zierlichkeit, das Zarte und das leise Hinschlagen und Auslingen feinster Gefühle, zartester Stimmungen kann nicht vollkommener geboten werden. Ebenso bewunderswert war der Vortrag der kleinen Lieder von Hugo Wolf. Köstlich brachte sie den Humor des Stückchens „Ihr jungen Leute" heraus, besonders voll und strahlend erklang ihre schöne Stimme in dem farbenprächtigen „Wenn du zu den Blumen gehst", und von großer Innigkeit und zarter Süße war der liebe Blumengruß von Goethe. Ein Glanzstück aller effektvollen Vortragskunst bildete das Stück „In dem Schatten meiner Locken". Der letzte Teil brachte drei Lieder von Richard Strauß, die man selten hört. Auch in ihnen bewährte die Sängerin alle ihre Vorzüge und zeigte sich als Meisterin in der künstlerisch beherrschten Darstellung feinster Sinnlichkeit. Besonders dankenswert war die letzte Gabe des Hildaschen Liedes „Im Grünen". Feierte so die junge Sängerin in ihrer lieben Vaterstadt einen großen Triumph, so gibt sie wohl auch dem Wunsche Gehör, sich bald wieder einmal als Mozartsängerin hören zu lassen. Die Klavierbegleitung hatte Karl Klanert (Halle) übernommen, der durch sein musterhaftes, künstlerisch feines Spiel wesentlich zum Erfolge des Abends beitrug und es wohl verdient hat, daß die liebenswürdige Sängerin ihn bei dem großen Beifallssturm mit zur Entgegennahme der Zeichen der Bewunderung und des Dankes aufforderte. Fr.

** Musikabend. Auf den am Dienstag den 26. Oktober im großen Saale des Casino Punkt 5 Uhr beginnenden zweiten Musikabend des akademischen Musiklehrers und Solo-Violinisten Hugo Rose mit seinen Schülern sei besonders empfehlend hingewiesen. Hugo Rose ist hier schon wiederholt als Solo-Violinist und Meister auf der Viola d'amour rühmlichst hervorgetreten und hat überall, wo er sonst in Konzerten mitgewirkt hat, wie z. B. in Halle und anderen Städten, glänzende Anerkennung gefunden. Er wird aber nicht nur als ausübender Künstler gefeiert, sondern er ist auch ein besonders tüchtiger Musikpädagoge, der in langer, fruchtbarer Erfahrung voll und ganz bewährt ist. Sein erster Schülerabend fand daher auch allgemeinen Beifall. Wegen der politischen Wirren, die das Erscheinen des Korrespondenten damals auf mehrere Tage unmöglich machten, konnte die anerkennende Besprechung desselben leider nicht veröffentlicht werden. Die Vortragsfolge ist so gestaltet, daß das Streben und Können der Schüler scharf beleuchtet wird, aber auch jedem Musikfreund hohe Kunstgenüsse und erfreuliche Überraschungen geboten werden. Möchte die Veranstaltung recht zahlreich besucht werden, zumal der Überschuß der Einnahmen in den Stipendienfonds für unbemittelte talentvolle Musikschüler fließen soll. Fr.

*

Gegen den Wucher

veröffentlicht die Geschäftsleitung des Deutschen Bauernbundes nachstehende ernste Kundgebung:

Der Ausschuß des Deutschen Bauernbundes hat anläßlich seiner Tagung in Kassel die dringende Mahnung an alle Bauernhändler gerichtet, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um zu verhindern, daß die schwer erkämpfte freie Wirtschaft in Mißkredit gebracht wird durch wucherische Preisforderungen. Wir bedauern, unseren Freunden mitteilen zu müssen, daß nach uns zugehenden Nachrichten Preisansprüche vorkommen, die alles Maß überschreiten. Wir sind überzeugt, daß unsere Freunde daran unbeteiligt sind, und daß ihnen soziales Empfinden und politische Klugheit in gleicher Weise verbieten, Totengräberarbeit zu verrichten an ihrem eigenen Stande. Wir nehmen aber erneut Veranlassung, unsere Freunde darauf hinzuweisen, daß der echte Bauernhändler nicht nur verpflichtet ist, selbst vorbildlich zu handeln, sondern auch unausgesetzt an der Aufklärung seiner Berufsgenossen zu arbeiten hat. Wer ohne Rücksicht auf die Volksgesamtheit eine augenblickliche wirtschaftliche Machtstellung ausnutzt, arbeitet für die Rückkehr der Zwangswirtschaft. Hört die warnende Stimme, die ohne Unterschied der Partei von allen wirtschaftlichen Organisationen erhoben wird.

Zum Maßhalten bei Erzeugerpreisen fordert auch die schlesische Landwirtschaftskammer mit nachstehendem ernsten Mahnruf an die Landwirte auf:

„Zwangswirtschaft und Schleichhandel haben dazu geführt, daß Landwirten nicht selten ungemessene Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse geboten wird von ihnen angenommen werden und die Anschauung über Recht und Unrecht sich in steigendem Maße verschoben hat. Der jetzt einsetzende Abbau der Zwangswirtschaft wird daher im Übergang gefährliche Klippen zu überwinden haben. Der Landwirt wird sie nur überwinden, wenn Rechtsempfinden und Gemeinsinn stärker bleiben, als die Sucht, minderwertiges Geld zusammenzuscharren. Menschlich, aber doch bedauerlich bleibt es, wenn der Landwirt der sträflichen Gelbklung der Hamsterer unterliegt. Fordert er aber selbstsüchtigen ungerechtfertigt hohe Preise, so gehört er an den Pranger, denn er nutzt die Not seiner Mitmenschen strafbar aus und gräbt damit der Landwirtschaft und kurzsichtig der eigenen Existenz das Grab."

*

Keine Prämien mehr für abgelieferte Waffen.

Mit dem heutigen Tage ist die Frist der Prämienzahlung für abgelieferte Waffen abgelaufen. Von morgen ab können noch bis zum 1. November weitere Waffen abgeliefert werden, jedoch findet in dieser Zeit eine Prämienzahlung nicht mehr statt. Nach dem 1. November setzt dann die zwangsweise Entwaffnung ein.

*

Tageskalender.

Donnerstag. Merseburger Schwimmerschaft Damenabteilung Volkstänze im „Herzog Christian"; Herrenabteilung am Freitag nachmittag Fahrt zum Anschwimmen nach Naumburg. — Bund der technischen Angestellten und Beamten Versammlung im Ratskeller mit Bericht über den zweiten Gautag.

Stadttheater Halle. Freitag, abends 7½ Uhr „Entführung aus dem Serail".

*

Aus der Stadtverwaltung.

Auch noch Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile durch die Stadt.

Der Magistrat genehmigte die untenstehende Ordnung über die Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile, und richtet an die nächste Stadtverordnetenversammlung den Antrag, diesem Beschluß beitreten zu wollen.

Steuerordnung.

Auf Grund des § 30 des Landessteuergesetzes vom 20. März 1920 und des Gemeindebeschlusses vom 26. Oktober 1920 — V 11 936/20 — wird für den Bezirk der Stadtgemeinde Merseburg folgende Steuerordnung erlassen:

Punkt 1. Der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes steuerfreie Einkommensteil der in der Stadt Merseburg Einkommensteuerpflichtigen unterliegt der Gemeindebesteuerung nach Maßgabe dieser Steuerordnung. Gemeindesteuerfrei sind: 1. Einkommensteuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen im Sinne der §§ 4—16 des Einkommensteuergesetzes 6000 M nicht übersteigt. 2. Wei Einkommensteuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen 10 000 M nicht übersteigt, der steuerfreie Einkommensteil von 700 M für jede zweite und weitere Person, welche das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat (§ 20 Abs. 2 und 4 des Einkommensteuergesetzes und § 30 Absatz 1 Satz 2 des Landessteuergesetzes).

Punkt 2. Der Gemeindebesteuerung unterliegt die Hälfte der nach § 20 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Einkommensteile. Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 15000 M berücksichtigt ist, unterliegen der Gemeindesteuer mit dem vollen Betrag des reichssteuerfreien Einkommensteiles.

Punkt 3. Die Steuer wird nach demselben Vomhundertsatze erhoben, mit welchem der Steuerpflichtige zur Reichseinkommensteuer herangezogen wird.

Punkt 4. Die Gemeindesteuer wird von den zuständigen Reichsbehörden (Finanzamt) zusammen mit der Reichseinkommensteuer verwaltet. Das Einkommensteuergesetz und die Reichsabgabenordnung finden entsprechende Anwendung.

Punkt 5. Diese Steuerordnung gilt für das Steuerjahr 1920 (bis 31. März 1921) und tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Zu ihrer Begründung führt der Magistrat aus:

Nach § 30 des Landessteuergesetzes vom 20. März 1920 kann die Gemeinde beschließen, eine Steuer von demjenigen Mindesteinkommen zu erheben, das von der Einkommensteuer nicht erfaßt wird. Dieser sogenannte einkommensteuerfreie Teil des Einkommens beträgt nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 20. März 1920 1500 M. Dazu treten für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person 500 M, welche sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 M nicht übersteigt, um 200 M für die zweite und jede weitere Person erhöht, sofern diese das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat. Wenn also beispielsweise ein Steuerpflichtiger verheiratet ist und 2 Kinder hat, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, aber noch von ihm unterhalten werden, so berechnet sich für ihn der steuerfreie Einkommensteil auf 1500 M und 3 × 500 M = 3000 M. Hat aber ein Steuerpflichtiger ein steuerbares Einkommen von weniger als 10 000 M und sind die beiden Kinder noch nicht 16 Jahre alt, so ergibt sich für seinen steuerfreien Einkommensteil folgende Berechnung:

1500 M für ihn selbst, 500 M für seine Frau und 2 × 700 M für die beiden Kinder, sind zusammen 3400 M.

Jeder nach den vorstehenden Grundsätzen berechnete steuerfreie Einkommensteil dürfte also nach § 30 des Landessteuergesetzes von den Gemeinden besteuert werden und zwar zu einem Satze, der für Personen, die nicht reichseinkommensteuerpflichtig sind, den für die unterste Stufe der Einkommensteuer festgesetzten Prozentsatz, für eine einkommensteuerpflichtige Person den höchsten Prozentsatz nicht übersteigen darf, mit dem sie zur Einkommensteuer herangezogen ist. Eine weitere Einschränkung des Steuerrechtes der Wohnsitzgemeinden liegt darin, daß bei einem 10 000 M nicht übersteigenden steuerbaren Einkommen für die zweite und jede weitere Person steuerfrei bleibende Einkommensteil von 700 M auch von der Gemeindesteuer freibleiben muß. Der Reichsfinanzminister hat aber die ursprünglich durch § 30 des Landessteuergesetzes gewährleistete Steuerberechtigung der Gemeinden für das Steuerjahr 1920 in zweifellos anfechtbarer Weise dahin beschränkt, daß die Gemeindeeinkommensteuer ohne Rücksicht der Person von der Hälfte der reichssteuerfreien Einkommensteile erhoben werden muß. Er hat dabei zur Bedingung gemacht, daß der Berechnung der Gemeindeeinkommensteuer der in § 30 des Landessteuergesetzes vorgesehene höchste Vomhundertsatz zu Grunde gelegt wird, und schließlich noch nachgelassen, daß Steuerpflichtige mit kleinem Gesamteinkommen von der Gemeindesteuer vollständig freigelassen und solche Steuerpflichtige mit ihrem ganzen steuerfreien Einkommensteil herangezogen werden, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 M berücksichtigt wird, d. h. die keine unterhaltsberechtigten Angehörigen haben.

Durch die einschränkende Verordnung ist es den Gemeinden unmöglich gemacht worden, insofern eine gerechte Verteilung der Gemeindeeinkommensteuer vorzunehmen, als sie Minderbemittelte mit zahlreicher Familie zu einem geringeren Teil als der Hälfte der steuerfreien Einkommensteile, Besserbemittelte aber zu einem entsprechend höheren Betrage heranziehen. Um aber wenigstens alle diejenigen, denen ein verhältnismäßig geringes Einkommen zur Verfügung steht, von der Gemeindebesteuerung zu befreien, ist in der anliegenden Steuerordnung vorgesehen, daß eine Gemeindesteuer von dem einkommensteuerfreien Teile dann nicht zu bezahlen sein soll, wenn der betreffende Steuerpflichtige ein steuerbares Einkommen von nicht mehr als 6000 M im Jahr hat.

Die Wirkung dieser Besteuerung des einkommensteuerfreien Teiles wird am besten an einem Beispiel erläutert:

Ein Steuerpflichtiger hat ein Gesamteinkommen von 10 000 M, er ist verheiratet und hat 2 Kinder über 16 Jahren. Es bleibt ihm also unter Berücksichtigung der für die Familienangehörigen und für ihn selbst steuerfreien Einkommensteile mit zusammen 3000 M ein steuerpflichtiges Einkommen von 7000 M. Mit diesen 7000 M wird er zur Reichseinkommensteuer herangezogen, während die Hälfte des von der Reichseinkommensteuer freien Einkommens, also 3000 M : 2 = 1500, der Gemeindesteuer unterliegt.

Hat aber ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommensverhältnisse sonst dieselben sind, 2 Kinder unter 16 Jahren, so gestaltet sich bei ihm die Sache wie folgt:

Von der Reichseinkommensteuer frei sind bei ihm 1500 M und 500 M und 700 M und 700 M = zusammen 3400 M, so daß er ein reichseinkommensteuerpflichtiges Einkommen von 6600 M hat. Die an sich der Gemeindebesteuerung zur Verfügung stehende Hälfte fällt bei der Reichsbesteuerung nicht unterliegenden Einkommens von 3400 M : 2 = 1700 M darf aber nicht voll zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen werden, weil ja die 700 M für jedes Kind der Gemeindebesteuerung nicht unterliegen. Er kann also zur Gemeindesteuer nur herangezogen werden mit 1000 M. (1500 M für ihn und 500 M für seine Frau = 2000 M, wieder geteilt durch 2 = 1000 M.)

Wenn nach Abzug der steuerfreien Teile ihm nur ein Einkommen von 6000 M oder weniger verbleibt, ist er ganz gemeindeeinkommensteuerfrei. Der Magistrat hat, um einen Überblick zu gewinnen, welcher Betrag ihm aus dieser Besteuerung des einkommensteuerfreien Einkommensteiles erwachsen wird, durch das Stadt-Steueramt auf Grund der diesem zur Zeit vorliegenden Unterlagen eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aufstellen lassen, die sich auch bei den Akten befindet. Sie ergibt, daß nach den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen der Einwohnerschaft die Steuer einen jährlichen Betrag von rund 900 000 M ergeben wird.

*

§ Frankleben, 21. Okt. Für den Standesamtsbezirk Frankleben ist an Stelle des verstorbenen Amtssekretärs Brandt der Ortsrichter Reinicke in Runstedt zum Standesbeamten und an Stelle der Ortsrichter Geißler in Frankleben zum ersten Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Wetterwarte.

V. W. am 22. 10.: Trübung, etwas milder, zunächst trocken, später etwas Regen. — 23. 10.: Vorwiegend wollig bis trüb, ziemlich mild, Regen.

Mücheln und Umgegend.

Großer Kohlenfund bei Querfurt.

Auf dem Gelände des Ziegeleibesitzers Nagel, von welchem der Lehm für Ziegel abgefahren wird, ist man auf eine sehr große Kohlenader gestoßen. Man vermutet große Vorräte. Es handelt sich um sehr gute Hausbrandkohle. Eine Zukunft für Querfurt!

‡ Querfurt, 21. Okt. Wenn in kürzester Zeit die Polizei verstärkt wird, also blaue und grüne Sicherheitspolizei eins wird, bekommt unsere Stadt eine Einquartierung von 50 Mann, welche den Polizei-Außendienst hier versehen. Die Leute werden in Einzelquartieren untergebracht. Die blaue Polizei wird den inneren Polizeidienst weiter versehen.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ Für das Zuchthaus reif geworden. Der Zimmermann Rudolf Bergner von den Leunawerken hatte sich vor der Halleschen Strafkammer zu verantworten, weil er im Juni d. J. an drei verschiedenen Tagen auf den Leunawerken aus Spinden 3 Meter Anzugstoff bezw. Geldbeträge von 100 und 50 M und einem vierten Arbeitsfollegen ein Fahrrad gestohlen haben soll. Die Wegnahme des Anzugstoffes und des Fahrrades gab er zu, die Geldbeträge genommen zu haben, leugnete es. Als Motiv zu den Diebstählen führte er Niederkunft der Frau und Notlage an; seine Kameraden bezichtigten ihn aber als Faulenzer, der tagelang von der Arbeitsstätte verschwinde, obgleich er dort hätte täglich 44 M verdienen können und auf ihre Ermahnungen zu arbeiten, hohe er erwiderte, er schiebe lieber, da verdiene er mehr. Das Gericht versagte ihm, da er schon erheblich vorbestraft ist, das letzte Mal mit zwei Jahren Gefängnis, mildernde Umstände und schickte ihn auf 1½ Jahre in Zuchthaus.

Handel — Verkehr — Industrie.

= Der Markkurs notierte am Mittwoch in Zürich 9.17½ Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0.20 Centimes gestiegen.

Bericht über den Holzmarkt in der Provinz Sachsen.

Man kann nicht sagen, daß der September eine weitere Verschlechterung der Lage gebracht habe. Hier und dort verursachten Anzeichen einer leichten Besserung, daß die Stimmung an Zuversichtlichkeit etwas zugenommen hat. Der Umsatz blieb aber immer noch schwach, weil eine sichere Kalkulation nicht möglich ist, solange die Verhältnisse auf dem Holzmarkte eine feste Preisbildung nicht zulassen. Sehr im argen liegen die Geldverhältnisse namentlich der kleinen Sägewerksbesitzer. Der Ruf nach Preisnachlaß und Stundung der Holzgelder wird immer lauter. Ein harter Kampf dürfte sich zwischen den Waldbesitzern und den Sägewerksindustriellen, die Rundholz einkaufen müssen, entwickeln. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verkäufe, die in die Zeit in den letzten Wochen bei kleineren Verkäufen gezahlt wurden, zu hoch im Verhältnis zur Bewertung des Schnittholzes sind. Es werden jetzt immer noch, wenn auch nicht die vorjährigen Preise, so doch Preise für Kiefer von 850—450 M in den Waldungen gezahlt. Bei diesen Preisen kann man angesichts der heutigen Bewertung des Schnittholzes in der Sägewerksindustrie keine Rechnung finden. Zum Preisabbau konnte sich der Forstfiskus im allgemeinen noch nicht entschließen. Große Nachfrage besteht z. Zt. nach astreinen Seiten- und Waggonbohlen. Hier und dort taucht auch einmal eine Anfrage wegen Lieferung von Stammbrettern in dünnen Abmessungen, etwa 16, 18 und 20 Millimeter, auf. Hierfür sind nicht etwa die vorbeutschen Firmen Abnehmer, sondern die Holzhandlungen in Mitteldeutschland, die sich in der Hausfeszeit vom Holzeinkauf zurückgehalten haben, nunmehr aber ihre Lager im gewissen Umfang ergänzen wollen. Große Preisunterschiede liegen bei den Angeboten von Stammkiefer vor. Als Marktpreise für bessere Stammbretter muß man heute 700 M pro Kubikmeter bezeichnen. Aus den Kreisen der Möbelindustrie liegen kaum Anfragen vor, und die kleineren Tischlereien decken ihren Bedarf von heute auf morgen ein. Die Schnittholzpreise sind, soweit es sich um gutes Tischlerholz handelt, etwas beständiger geworden. In Laubholz blieb bei starkem Angebot die Nachfrage gering. Erst in jüngster Zeit zeigte sich mehr Interesse für einzelne Sorten, so für Linden, Pappeln und Erlen. Geringwertiges Eichenmaterial war weit über den Bedarf angeboten, hingegen gutes Schnittmaterial nach wie vor noch auf angemessene Preise hielt.

Da an den Produktionsplätzen die Vorräte immer mehr anschwollen, ohne daß der nötige Absatz vorhanden war, mußte plötzlich zu Arbeitseinschränkungen geschritten werden, deren Folgen wieder Arbeiterentlassungen waren. So blieben während des Monats September die Abmeldungen offener Stellen im Holzgewerbe fast durchweg aus. Erst in der letzten Zeit trat in der holzverarbeitenden Industrie eine leichte Entspannung der verfeinten Arbeitsmarktlage ein. Gr.

Vermischte Nachrichten.

Amundsens Nordpol-Expedition festgestahren.

Kopenhagen, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Aus New-York wird gemeldet: Nach dem Bericht eines Schiffskapitäns, der in Seattle angekommen ist, sitzt das Expeditionsschiff in dem Eis bei Kap Serges fest. Es ist wahrscheinlich, daß es während eines Jahres dort verbleiben muß. Amundsen hat nur drei Mann und eine Eskimofrau an Bord.

Zwei große Schieber verhaftet.

Berlin, 21. Okt. In einem Sanatorium nahe Berlin wurde der frühere Gerichtsassessor Böhmer unter der Anschuldigung, einen Riesenschwindel mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen begangen zu haben, verhaftet. Gleichzeitig wurde auch der Lipdesche Geh. Hofintendantrat Hähn unter der gleichen Beschuldigung in Haft genommen. Es soll sich um Beträge von vielen Millionen handeln.

* Großer Schneefall im Riesengebirge. Aus Hirschberg wird gemeldet: Im ganzen Riesengebirge ist der erste Schneefall bis zur Höhe von 1200 Metern herunter eingetreten.

* Raubzug in einem Fürstenschloß. Das dem Fürsten zu Stolberg-Wernigerode gehörende Landschloß Plettenburg ist von noch unbekannten Dieben fast vollständig ausgeraubt worden. Die Täter haben zahlreiche Kunstgegenstände und Einrichtungsstücke von sehr hohem Werte gestohlen.

* Ein großes Schadenfeuer brach, wie aus Sonderburg gemeldet wird, aus. In der Nacht ist dort eine Ölmühle abgebrannt, vermutlich infolge von Selbstentzündung. Der Schaden wird auf drei bis vier Millionen dänischer Kronen geschätzt. Etwa 100 Arbeiter sind beschäftigungslos.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Röhner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Verlagsvertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0003

Katharina die Grosse!

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Verlobt.

Postsekretär Alfred Dietrich, Liebenwerda, mit Ella Thielemann, daselbst; Assessor Dr. Wilhelm Korallus, Berlin, mit Doris Riedel, daselbst; Otto Kraya, Mückenberg, mit Marg. Wirth, Querfurt; Albert Kreßschmar, Schkeuditz, mit Elisabeth Lehmann, Ölendorf.

Vermählt.

Carl Credner, mit Frau Gertrud geb. Naumann, Großgörschen.

Geboren.

Kurt Wichmann, Halle, 1 S.; Bankdirektor Joh. Dan. Halle, 1 T.; Lehrer Arno Konrad, Bottendorf, 1 T.

Gestorben.

Halle: Fischermeister Carl Nicolai (67 J.); Rita Busser (7 J.); Elsie Koch, Landsberg (21 J.); Frau Marie Bachmann geb. Kutscher.

Weißenfels: Schuhmacher Hermann Hoschke (47 J.)

Eiskeller mit Kühlraum
zu vermieten
Kellermann, Gotthardstr. 29.

Zwei junge Herren, welche eigen. Bett und Bettwäsche haben,
sind. gut. Schlafstelle
Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Statt Karten!

Am 20. Oktober verschied nach kurzem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau
Mathilde Künzel
geb. Keil

im Alter von 83 Jahren.

Im tiefsten Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen:

Paul Fischer
Landesverf.-Obersekretär.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3½ Uhr vom städtischen Friedhof aus statt.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Sensations-Programme von Freitag bis Montag

Kammer-Lichtspiele

Katharina die Grosse!
Gewaltiges Monumental-Schauspiel.
7 Akte. In den Hauptrollen: 7 Akte.
Lucie Höflich, Ilka Grüning,
Reinh. Schünzel, Hugo Flink Alb. Steinrück

Neu! Dieses Werk erlebt gegenwärtig seine Ur- u. Presse-Aufführung in Berlin. Neu!

Der Todesjockey!
5 Akte. Sehen u. Staunen. 5 Akte.
Dieses gewaltige Sensations-Detektiv-Schauspiel übertrifft alles bisher dagewesene.

Anfang 5 Uhr.

Modernes Theater

Enis Aldjenis!
Die Rose des Ostens!
Ein orientalischer Liebes-Roman in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Lilly Marischka**

Eine Demiemonde-Heirat!
Das Schicksal einer Ehe, nach dem gleichnamigen Stück von Angier.
In der Hauptrolle: **Lia Mara.**

Anfang 5 Uhr.

Sonntag ab 3 Uhr: **Jugend-Vorstellung.**
Sonntag ab 4¼ Uhr: Vorstellung für Erwachsene.

Turn-Verein „Rothstein"

Die Feier unseres
35jährigen Stiftungsfestes
findet Sonnabend, d. 23. und Sonntag, d. 24. Oktober d. J. im „Casino" statt.

Sonnabend abend 7 Uhr:
Konzert, Theater und turnerische Vorführungen.

Sonntag, von nachmittag 3 Uhr an:
Festball.

Der Vorstand.

Theater-Vereinigung „Schlichte Bühne", Halle a. S.

Zu unserem am Freitag, d. 22. Oktober, abends 7 Uhr im Tivoli in Merseburg stattfindenden
1. Herbst-Vergnügen
bestehend aus Konzert, Rezitationen, Theater mit darauffolgendem Tanz erlauben wir uns hiermit, Freunde und Gönner ergebenst einzuladen. Gäste sind herzlich willkommen.
Eintritt 3 Mk. Tanz frei.
Der Vorstand.

Merseburger Rudergesellschaft.
Freitag, den 22. d. M., abends 8 Uhr
X. Hauptversammlung im Bootshause.
Der Vorstand.

Casino. Freitag, den 22. Oktob., von abends 7 Uhr ab
Großer Ball.
Es ladet freundl. ein Otto Seyn.

Neues Schützenhaus Freitag, den 22. Oktober, von 7 Uhr ab
Großer öffentlicher Ball.
Hermann Eisenberger.

Spergau. Sonntag, den 24. Oktober, von abends 6 Uhr an findet im Sieferschen Gasthof
großer Radfahrer-Ball
statt, wozu freundlichst einladet
Der Vorstand.

Heute früh entschlief nach längerem Krankenlager unser inniggeliebtes Kind

Hans-Joachim

im zarten Alter von ¼ Jahren.

Dies zeigen an mit der Bitte um stilles Beileid im Namen aller Hinterbliebenen:

Hugo Bechstedt und Frau
Emma geb. Böhme.

Merseburg, den 21. Oktober 1920.

Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen. Beerdigung findet Sonnabend 10 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Prima Kernseifen und Seifenpulver
kauft man stets am besten und billigsten im
Seifen-Spezial-Geschäft
von
Franz Schneider.
— — — Bitte genau auf meine Firma zu achten. — — —

---

2 j. E.-Monteure suchen per sofort od. später 1—2 freundl. möblierte heizbare **Zimmer.**
Ang. u. 2472 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Herr sucht
möbl. Zimmer.
Ang. unt. 2484 an die Exp. d. Bl.

Geschäftsführer, anspruchsloser Herr, sucht
möbliertes Zimmer
auf 2—3 Jahre. Näheres
Hotel Dammschloß.

Kaufm. Beamter sucht zum 1. 11.
möbliertes Zimmer.
Ang. u. 2480 an die Exp. d. Bl.

Büroangestellter sucht für sof.
möbliertes Zimmer
mit oder ohne Pension. Gefl. Zuschriften unter 2481 an die Exped. d. Bl.

Schlafstelle od möbl. Zimmer
von jungem anständigen Herrn für sofort gesucht. Ang. unt. 2476 an die Exp. d. Bl.

Jung. anst. Herr sucht
Schlafstelle.
Ang. u. 2431 a. d. Exp. d. Bl.

Monteur von auswärts sucht für längere Zeit **Schlafstelle.**
Ang. u. 2479 a. d. Exp. d. Bl.

Jung. kinderl. Ehepaar sucht 1 gr. od. 2 kl. leere Zimmer mit Kochgelegenheit.
Deputatkohle k. abgeneb. werd.
Ang. u. 2477 a. d. Exp. d. Bl.

Magdeburg-Merseburg
Tausche mittl. Wohnung in Magdeburg gegen solche in Merseburg. Ang. unt. 2473 an die Exp. d. Bl.

Suche eine Wohnung
gegen Tausch für Laden und Wohnung. Zu erfr. in der Exp.

Graue Militär-Hose
zu kaufen gesucht. Angeb. unter 2471 an die Exped. d. Bl.

Ein Sofa zu verkaufen
Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Drogen, Farben + Verbandstoffe +
Nähr- und Kräftigungsmittel, Hustenmittel, Seifen und Parfümerien
kaufen Sie am besten und billigsten in der
Ritter-Drogerie
Werner Mahlfeldt.

Mehrere große Ladungen
Original ostfriesisches Zuchtvieh
als hochtragende und neumilchende Kühe und Färsen, ½ jährige Färsen und sprungfähige Bullen,
sowie bayrische Zuchtschafe
sind bei mir eingetroffen.
Desgl. empfehle beste Hammel und Schafe preiswert.
L. Nürnberger,
Merseburg. Hallesche Straße 10/12. Telephon 28.

Niederlagsräume
möglichst mit anschließenden Büroräumen
zu mieten
oder dementsprechendes Grundstück
zu kaufen
gesucht. Offert. unt. U H 2685 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

26000 Mark
als 1. Hypothek auf Grundstück gesucht. Angebote unter 2475 an die Exped. d. Bl.

28000 Mark
als 1. Hypothek auf Grundstück gesucht. Angebote unter 2474 an die Exped. d. Bl.

Wollfriese
f. Portieren, Fenstermäntel u. Decken, Damen- u. Kindermäntel etc.
in guten Qualitäten 130 und 150 cm breit
à Mk. 60,— u. Mk. 70,—
in grün, olive, bordo u. marineblau.
Schöne weiche Woll-Flauschstoffe
zur Anfertigung von Mänteln zu den niedrigsten Tagespreisen
vorrätig bei
Otto Dobkowitz
Merseburg.

Fast neuer hellgr. Ulster, f. schlanke Figur, 1 Paar derbe Schnürstiefel, Gr. 41, wenig getr., auf verk. Sesserstr. 2, pt.

Badeofen
(Kupfer) zu verkaufen
Gieselbergs Nachf., Bäck. Mrkt.

Junge Ziege,
zweimal gekommt, zu verkaufen
Jöchen Nr. 93.

Zuchtstamm
1,5 Silber-Brakel zu verkaufen
Gartenstraße 15.

Sehr gutes Zugpferd
ist preiswert zu verkaufen
Kenschberg, Weißenfelser Str. 10.

---

jährig. Hengstfohlen
steht zum Verkauf Geuze Nr. 5.

---

1 Paar guterhalt. Kinderschuhe (Gr. 30) zu verk. Lindenstr. 5, pt.

Älteres alleinstehendes Fräulein aus besserer Familie sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines Herrn in den 40iger Jahren zw. Heirat. Witwer mit Kind nicht ausgeschlossen. Beamter bevorzugt. Nur ernstgemeinte Angebote unter 2482 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Suche zum sofortigen Antritt einen tüchtigen
Garten-Arbeiter.
Zu erfragen Gerichtsstraße 11.

Anfängerin.
Maschinenschreiberin und Stenotypistin sucht Anfangsstellung. Ang. unt. 2485 an die Exp. d. Bl.

Waschfrau
für zwei Tage gesucht
Frau Krenahn,
Gotthardstr. 28, 1 Tr.

Restaurant Hohenzollern!

Heute Schlachtefest!

Gesucht zum 1. November ein ehrliches, tüchtiges
Mädchen
am liebsten vom Lande.
Frau Schubert, Burgstraße 16.

Besseres Mädchen
zum 1. 11. für kleinen Haushalt (3 Erwachsene) gesucht. Familienanschluß u. etwas Taschengeld.
Ang. u. 2483 a. d. Exp. d. Bl.

Aufwartung
gesucht Lindenstr. 19 (Ecke Karlstr.)

Aufwartung
für einige Tage in der Woche gesucht Wagnerstraße 5.

Ein ehrl. Dienstmädchen
nicht über 16 Jahre, findet sofort Stellung bei
Frau Lehrer Dietrich,
Benndorf bei Körbisdorf.

Verloren.
Stb. Brosche (Stiefmütterchenform) mit rotem Stein am Montagnachmittag v. 2—3/4 6 Uhr auf dem Wege Gotthardstraße, Entenplan, Ritterstr., Burgstr., Markt, Preußerstr. und an der Geisel. Gute Belohnung erhält der ehrliche Finder. Abzug. bei
Carl Brendel, Juwelierengesch.

---

1 Hunreither Cloosauer Str., Eisenbahnstr. bis Luisenstr. verloren worden. Geg. 20 Mk. Belohnung abzug. i. d. Exp. d. Bl.

Pudel entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben
Halleische Straße 90.

Belohnung
erhält, wer m. kl. rotgelben Affenpinscher (kurze Ohren) wiederbringt oder zweckd. Nachr. über Verbleib erteilt. Karlstraße 3.

Stahlwerks-Vertreter.

Als Werkverkaufsgesellschaft der Steiermark, Feinstahl-Werke, Aktiengesellschaft vorm. Fischer-Traisen, Skoda-Wetzlar-Konzern, mit ständigem Lagervorrat in Dresden von reichlich 200 Tonnen Schnelldrehstahl, Schnelldrehstahlblechen, Werkzeugstahl, Silberstahl

suchen

wir für den dortigen Platz einen bei der Kundschaft bestens eingeführten, fleißigen Stahlreisenden, gegen Fixum und Provision. Angebote mit Referenzen, Zeugnissen an:

Fritz Schlee. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Dresden, Marschallstraße 12/14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 238. Donnerstag den 21. Oktober 1920. 47. Jahrg.

Die Gegner der Siedelung von rechts und links.

Von Wilhelm Schmidthals, Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

In der Nummer vom 15. Oktober der „Schlesischen Zeitung" waren folgende Ausführungen unter der Überschrift „Gegen die Landesaufteilung" zu lesen:

„Kürzlich sollte die Domäne Sanatschen aufgeteilt werden. Gegen diese Maßnahme wenden sich die Landarbeiter mit der Erklärung, sie ständen sich besser als Arbeiter auf der Domäne wie bei den kleinen Besitzern. Der Arbeiter hat ja das Bestehenbleiben der der großen Güter. Auch im Interesse der Großstadt käme eine Aufteilung nicht in Frage, weil die Güter mehr produzierten und weniger verbrauchen als der Kleinbesitz."

Die „Schlesische Zeitung" schreibt hierzu weiter: „Diese Worte aus dem Munde der Landarbeiter, die die Fehler radikaler Führer, die auf die Zerschlagung des Großgrundbesitzes hinarbeiten, aus eigener Anschauung verwerfen, sind überaus beachtenswert. Die Tatsache allein zeigt, wie falsch die sozialistische Propaganda auf dem Lande ist. Aus dem Land, vor allem dem Großgrundbesitz, ziehen wir die Kräfte zum Wiederaufbau, ist es doch der Großgrundbesitz, der den Stadtarbeitern überhaupt erst die Ernährung ermöglicht."

Diese Ausführungen zeigen uns, wie es in den Kreisen der Rechten zum Teil mit der Siedlungsfreundschaft bestellt ist. Man möchte die Siedelung hintertreiben und nimmt dazu jede Hilfe, wo sie immer sich bietet, selbst von der sonst so angefeindeten sozialistischen Seite. Die Tatsachen werden dabei glatt auf den Kopf gestellt.

Die Landarbeiter wollen die Erhaltung der Güter, das Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitsstelle. Sie handeln damit aber in keiner Weise gegen die Wünsche ihrer radikalen Führer, die gar nicht daran denken, auf die Zerschlagung der großen Güter hinzuarbeiten, wie es die „Schlesische Zeitung" darstellt, sondern sie handeln im Geist und Sinn ihrer Führer, die ebenfalls die Erhaltung der großen Güter wollen aus sozialistischen Gründen. Die großen Güter erscheinen ihnen reif zur Sozialisierung, reif zum genossenschaftlichen Betrieb, sie sollen deshalb im Interesse des Sozialismus erhalten bleiben. So wollen es die Führer der Landarbeiter und so die Arbeiter, die Anträge auf dem Parteitag der Mehrheitssozialisten zeigten das. Daher ist Erhaltung der großen Güter eine Bewegung hin zum Sozialismus, Vergrößerung der Kleinbetriebe eine Bewegung fort vom Sozialismus. Das müßte eigentlich auch die „Schlesische Zeitung" sich sagen und daher für die Siedelung sein. Aber es ist eine alte Erfahrung, wenn die persönlichen Interessen des Großgrundbesitzes stark mitsprechen, so müssen demgegenüber alle Forderungen politischer Klugheit bei der Rechten schweigen. Deutschnationale und Sozialisten arbeiten so Hand in Hand gegen die Ausführung der Siedelung.

Eigenartig berührt der Gedanke, daß die Kräfte zum Wiederaufbau unseres Volkes vom Großgrundbesitz ausgehen sollen und derselbe deshalb erhalten bleiben soll. Ganz abgesehen von den politischen, sozialen und psychologischen Gründen, die dagegen sprechen, daß vom Großgrundbesitz die Kräfte zum Wiederaufbau ausgehen, ein ausgedehnter Großgrundbesitz bedingt ein großes Proletariat der Landarbeiter und auf der anderen Seite ein starkes Proletariat der Großstadt, als dünne einflußlose Schicht schwebt darüber der Großgrundbesitz; unter solchen Verhältnissen wird ein Wiederaufbau, eine körperliche und geistige Ertüchtigung unseres Volkes nicht erfolgen. Sie kann nur kommen, wenn ein möglichst großer Teil des Volkes unter für Körper und Geist gesunden Verhältnissen lebt. Solche Verhältnisse bietet aber nur der eigene Besitz und sei er noch so klein. Daher Verkleinerung des Großgrundbesitzes und Vermehrung des Kleingrundbesitzes, daher Schaffung neuer Siedlerstellen unter Verringerung des Proletariats auf dem Land und in der Stadt, daher Gründung möglichst vieler selbständiger kleinen Existenzen, die unabhängig und frei ihr Leben gestalten und mit dem Fleiß ihrer Hände Wohlstand schaffen. Der Wiederaufbau scheint die „Schlesische Zeitung" gleichzusetzen mit der Ernährung der Großstadt, mit der besseren Füllung der Magen. Gleicht nicht die kurzsichtige, engherzige, von Scheuklappeninteressen angetane Politik der Gegner der Siedlungsfrage von seiten der „Schlesischen Zeitung" der Politik der alten Konservativen von einst, wie ein Haar dem anderen? Je mehr aber der Siedelung Gegner entstehen, um so mehr sollte von allen Freunden und Parteien, die zu ihr stehen, für ihre Förderung geschehen.

Minister Geßler über die politische Lage.

Am Sonntag sprach in Magdeburg im Zirkusgebäude Reichswehrminister Dr. Geßler über die politische Lage. Niemals in der deutschen Geschichte, so führte der Minister aus, haben sich die politischen Fragen in einen so sinnverwirrenden Knäuel verstrickt gehabt wie augenblicklich. Darin liegt die Gefahr, daß wir den gigantischen Aufgaben, denen wir gegenüberstehen, geistig erliegen. Trotz der 14 Punkte Wilsons treiben uns die Donnerschläge des Friedens. Wir reden uns vor: ein Sechzigmillionenvolk kann nicht zugrunde gehen. Jawohl, es kann zugrunde gehen, und wir sind auf dem Wege dazu. Nur die nationale Einheit ist uns vorläufig noch erhalten geblieben. Das satt Frankreich als Gefahr auf und versucht sie zu vernichten. Es ist eine Illusion, daß England oder Amerika uns helfen werden. Diese Staaten haben andere Sorgen, als sich um das Wohlergehen Deutschlands zu kümmern. Wir stehen allein. Die Gefahr des Einmarsches der Franzosen in das Ruhrgebiet ist noch nicht vorüber; sie liegt wie ein Alpdruck auf Deutschland. Kommt es zu einer fremden Verwaltung im Ruhrgebiet, so ist die deutsche Einheit verloren. Die Kohlen werden dann nach Westen und Süden abgegeben, weil man hofft, daß dann Norddeutschland zusammenbricht. Es ist falsch, wenn gesagt wird, die Westmächte fürchteten den Bolschewismus; er ist nach französischer Auffassung eine Krankheit der besiegten Völker und ein Exportartikel Deutschlands, der am Rhein aufgehalten werden kann. Der Minister sprach dann über seine engere Heimat Bayern und betont dessen Reichstreue. Allerdings wird Bayern ebenso wie ganz Süddeutschland die überspitzten Großstadtphantasien nicht mitmachen. Die goldene Internationale hat in Brüssel keinen Weg gefunden, das Geld-Weltproblem zu lösen, und der große Weltbankier Amerika hat erklärt, er könne nicht helfen, wir müßten es selbst tun. Die Tagung der sozialdemokratischen Parteien zeigen die Spaltungen in der Arbeiterschaft. Nachdem sich der Minister über die verlangte Zerstörung der Dieselmotoren geäußert hat, spricht er von der Notwendigkeit, die Einheit des Reiches zu erhalten, deren Zerrüttung das Ende des deutschen Volkes bedeuten würde. Wenn wir uns aufgelöst haben, wird der Versuch gemacht werden, aus den einzelnen Teilen noch mehr herauszuquetschen. An Stelle der führenden Macht Preußen ist der Wille des ganzen deutschen Volkes getreten, mit ihm aber auch das Erbübel: Wenn es schlecht geht, denkt jeder erst an sich. Es ist beinahe so, als wenn es für den Deutschen keinen schlimmeren Feind gäbe als den Deutschen. Auf einen Zuruf erklärt der Minister, daß Escherich in Bayern wohl imstande sei, die Ordnung zu schützen. Es darf nicht alles aus dem Horizont der großen Städte betrachtet werden. Sodann spricht der Minister eingehend über die

Sozialisierungsfrage.

Alle sozialisierten Betriebe sind Defizitbetriebe geworden, die der Regierung der Sozialisierung nicht empfehlen. Wir werden das Heer der staatlichen Angestellten nicht aufrechterhalten können. Aber die Sozialisierung des Bergbaues wird die Regierung dem Reichstage demnächst eine Vorlage zugehen lassen. Die Zwangswirtschaft wurde eine Lüge, die zur Demoralisation des Volkes beigetragen hat. Deshalb konnte sie nicht mehr aufrechterhalten werden. Ein Gesetz, das mit dem Volksempfinden nicht vereinbar ist, kann sich nicht halten. Der Minister bezeichnet die Auslassungen über bennächstigen Preisabbau als Schwindel. Angebot und Nachfrage regeln die Preise. Von Preisabbau kann so lange keine Rede sein, als bis unsere Geldverhältnisse in Ordnung sind. Die gegenwärtige Regierung ist eine Minderheitsregierung. Aus der Verpflichtung des letzten Waffenstillstandes ergibt sich die parteipolitische Situation, die es verhindert, daß die deutsche Regierung eine gute Politik machen kann. Die Politik des Tostellens können wir nicht gehen.

Mehr Ernst gehört in das deutsche Volk.

Der Winter wird hart, das Frühjahr schwer. Ein Wille muß uns einigen, Deutschland zu retten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Oktober.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,15 Uhr. Am Ministertisch erscheint der Vizekanzler und Reichsjustizminister Heinze.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung der Ausweisungsbefehle gegen Sinowjew und Losowski.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) begründet den Antrag gegen den Ausweisungserlaß, der ganz den alten Bismarckschen Geist atmet. Es ist die höchste Zeit, daß endlich ein Ausländerrecht geschaffen werde, das wie vor Jahrzehnten die höchste Willkür der Polizei. Diese Praxis müßte nun endlich aufhören. In England gäbe es ein Asylrecht, in Deutschland aber bestehe ein solches nur für die Reaktionäre, sonst komme die Polizei gleich mit dem „lästigen Ausländer" Paragraphen. Redner bezweifelt, daß der Antrage gab die empörende Behandlung der russischen Delegierten Sinowjew und Losowski. Redner wendet sich besonders gegen den preußischen Minister Severing, der den Wünschen der Reichsregierung bereitwilligst entsprochen habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, seinen Erlaß zu begründen. Die Ausführungen des Redners werden von vielfachen Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großer Unruhe des Hauses. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft protestiert energisch gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheue. Man sehe doch endlich von dem Terror gegen ein sich durchsetzende geistige Bewegung ab. (Stürmische Heiterkeit.) Ein neuer Geist muß in Deutschland einziehen. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Die Ausweisung sei offenbar nur der Auftakt zu einem schärferen Vorgehen der bürgerlichen Regierung gegen die deutsche Arbeiterschaft. Ein neuer Kurs scheine bevorzustehen, begegne würden die Arbeiter auf der Hut sein.

Minister des Äußern Simons gibt einen Überblick über die Vorgeschichte der Zulassung der russischen Delegierten. Im Anschluß an den Besuch einer linkssäischenden deutschen Mission im Sowjetrußland sei der Besuch einer entsprechenden russischen Gegenkommission in Aussicht gestellt worden. Dementsprechend sei drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise gestattet worden, und zwar auf vier Wochen. Eine Aufforderung, diese Zahl auf 11 zu erhöhen, sei abgelehnt worden, zumal eine Kommission deutscher Gewerkschaftler ausdrücklich erklärt habe, einen Besuch habe nur die Anwesenheit bestimmter Gruppen von Gewerkschaftlern. Diesem Wunsche entsprechend, sei noch drei Herren die Einreiseerlaubnis erteilt worden. Trotzdem seien in Hamburg auch die nichtzugelassenen Delegierten eingetroffen. Man habe diese letzteren vorläufig festhalten und sie hätten die Gelegenheit zur ausgiebigen Agitation ausgenützt, den übrigen Herren sei zur ausdrücklichen Bedingung ihrer Zulassung gemacht worden, daß ihre Verhandlungen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Charakter tragen dürften, aber keinerlei Reden politischer Art gehalten werden sollten. Das habe sie nicht abgehalten, das doch zu tun, und so mußte dem Treiben des Herrn Losowski, und Sinowjew Einhalt getan werden. Eine Verlängerung des Aufenthalts des Herrn Losowski konnte nicht mehr in Frage kommen, aber da er nach Italien weiterreisen wollte, wollten wir ihn auch nicht sofort ausweisen. Inzwischen hat Herr Losowski sich weiter über alle Vorschriften hinweggesetzt. Statt wie ihm aufgegeben war, in Berlin zu bleiben, ist er nach Halle gefahren. Nun blieb uns nichts weiter übrig, als die preußische Regierung um seine Ausweisung zu ersuchen. Was den Fall Sinowjew anbelangt, so ist ihm und einem anderen Delegierten, der aber nicht gekommen ist, auf Wunsch der Unabhängigen Partei die Erlaubnis zur Einreise erteilt worden. Der Inhalt seiner Worte ist ja allgemein bekannt geworden. Das Kabinett konnte gar nicht anders, als ein weiteres Auftreten zu verhindern. Daß unsere Polizei nicht allzuviel Kniggesche Formen besitzt, wissen wir alle, aber wie können gerade die Vertreter der Sowjetrepublik sich hierüber beklagen, die doch ganz andere Beispiele der Polizeiherrschaft gegeben haben?

Redner gibt zu, daß das Fehlen des Fremdenrechts eine Lücke der deutschen Gesetzgebung bilde und daß es Sache des Reichstages sein werde, diese Lücken zu schließen. Ob das Gesetz aber so ausfallen werde, wie Dr. Rosenfeld meint, daß stets nur nach richterlichem Urteil eine Ausweisung erfolgen dürfe, halte er für zweifelhaft. Auf die Gelegenheit seiner Hoheitsrechte gegenüber den Ausländern könne kein Staat verzichten. Für deutschen Arbeiterschaft aber hege er das Vertrauen, daß sie auf die Dauer erkennen wird, daß die Methoden Rußlands nicht die unsrigen sind. Wie aber eine Partei sich die „Unabhängige" nennen könne, die ihre Abhängigkeit von Moskau so deutlich bekunde, verstehe er nicht. Gewiß sei die ganze Angelegenheit eine Belastungsprobe für unsere Beziehungen zu Rußland. Aber die russische Regierung mußte sich darüber klar sein, daß sie selbst einen großen Teil der Schuld daran trage, weil sie allen Abmachungen zum Trotz das Auftreten ihrer Vertreter nicht hindern konnte. Redner schließt mit einem Hinweis auf den festen Glauben des deutschen Volkes an die Zukunft des russischen Volkes.

Abg. Dr. Bernstein (Soz.) bedauert das Fehlen eines Fremdenrechts und empfiehlt ein Asylrecht, ähnlich wie es die Vereinigten Staaten besitzen.

Abg. Wulle (Dn.) schildert die Tätigkeit des Herrn Apfelbaum (Sinowjew), der mit Mord und Totschlag in Rußland ganze Städte heimsuchte. Ihm sei in Halle selbst das Wort „Blutbund" zugerufen worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes habe das Verhalten der Regierung für eine selbstverständliche Pflicht gehalten. Zu bedauern sei nur, daß sie die Leute überhaupt ins Land gelassen habe. Jedenfalls müsse der Ausweisungsbefehl auch sofort vollzogen werden. Wir verlangen die Ausweisung aller Elemente des Auslandes, die unser Vaterland schädigen und es zu Versuchskaninchen bolschewistischer Elemente machen wollen.

Abg. Dr. Moll (Str.) spricht die Ablehnung des Antrages aus und bleibtert ähnlich wie Abg. Bernstein für ein internationales Übereinkommen in Sachen des Völkerrechts. Er begrüße es, daß sich die Regierung in ihrem Bestreben, mit Rußland wieder auf einen gut freundlichen Fuß zu kommen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen, in ernstliche Unterhandlungen eingelassen habe.

Abg. Dr. Marczky (D. Vpt.): Wir fordern energische Anwendung der bestehenden Gesetze, auch für diejenigen, die aur kommunistischen Revolution aufreizen. Das wird der Massenagitation am besten entgegenwirken.

Abg. Petersen (Dem.) hält das Verhalten der Regierung für sachlich richtig und politisch gerechtfertigt.

Abg. Koenen (U. S.) entbietet Sinowjew den Gruß der deutschen Arbeiterschaft, den sie ihrem bewährten Führer schulbet. (Großer Lärm.) Er dankt ihm für das Vorbild, das er durch seine unerschütterliche Verteidigung der Interessen gegeben habe. Das Ernährungs- und Wohnungsproblem habe er gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Alle Schauermärchen über den Bolschewismus seien Lügen der antibolschewistischen Liga. Als Redner die Rechte und die Kaiser und Könige für die Wunden der Arbeiter verantwortlich macht, erhebt sich großer Lärm, Zwischenrufe. Die Rechte habe Terrorismus betrieben, als sie das Arbeiterblut vergossen habe. (Stürmische Unterbrechung, Glocke des Präsidenten.) Redner dankt Herrn Victor Kopp für seine Bemühungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen. Um so bedauerlicher sei es, daß Abgeordnete der Rechten, teils aus Unkenntnis, teils aus Absicht ihre Rußland beschimpfen. Sinowjew sei ein echter Russe und habe niemals Apfelbaum geheißen. Den Antrag werde seine Partei unterstützen, lege ihm aber keine Bedeutung bei. Nach einer Reihe persönlicher Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Dr. Levy und dem Abg. Lebebour (U. S.) wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt.

Die Vorlage gegen die Kapitalflucht wird einem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 27. Oktober, 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation wegen der Beschlagnahme der Dieselmotoren.

Schluß 6 Uhr.

Blinder Haß.

Roman von Alfred Sassen.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Dort drüben in der Schenke, die vorzugsweise von Studenten besucht wird, hat vor langen Jahren Ihr Vater auch gar manches Mal gesessen und gesungen", sagte der Lehrer nach einem längeren Schweigen. „Er war ein Bursch wie er sein soll, flott und schneidig, dabei voll reger Arbeitslust. Und in der Brust den Himmel der Liebe. Das Schicksal war besonders hart und grausam, als es ihn und Magdalena Schumann auseinanderriß — — Sie wissen, welch unglückseliges Ereignis die beiden trennte?"

„Ja. Mein Vater hat mir erzählt — alles erst im letzten Jahr, als die Liebe zur Heimat in ihm wiedererstanden war, — daß er damals das Unglück hatte, den Bruder seiner Braut im Duell zu töten —"

„Das Unglück — so muß es heißen", nahm der Lehrer das Wort auf. „Er hat sich — aus begreiflichen Gründen — bis zum letzten Augenblick gegen das Duell gesträubt, aber es gab schließlich der hartnäckigen Bösartigkeit gegenüber, die Magdalenes Bruder erfüllte, keinen Ausweg . . . Nachdem der Unglückliche seine Strafe abgebüßt, ging er sofort nach Amerika. Nicht achtenswerte ins Blaue hinein. Einer seiner Gönner an der Universität hatte ihn einem Verwandten in Newyork, einem reichen Kaufherrn, empfohlen . . . Walter ist gewiß erst nach unsäglich hartem Kampf gegangen, aber er mußte wohl einsehen, daß es für ihn hinfort keinen Weg mehr gab hin zu der verachteten Geliebten, der blutige Schatten des Gefallenen hätte sich zu doch zu jeder Stunde zwischen ihn und ein frevelhaft erraffteß Glück gestellt —"

„Magdalene Schumann aber dachte anders?" fiel der junge Deutschamerikaner mit einer gewissen Spannung ein.

Die Augen des Lehrers hafteten drüben an den Bergen, die durch die herbstliche Dämmerung schon leicht verschleiert waren. Wie in weite, weite Fernen gerückt, sprach der alte Herr halb vor sich hin: „Magdalene Schumann! Es war keine ihresgleichen in unserem Städtchen, auf das die zerklüfteten Bergmauern dort herniedersehen! Wer damals unter das gesegnete Dach ihres Vaters trat, fühlte sich wie an geweihter Stätte. Sie war größer als alle ihre Genossinnen, innerlich und äußerlich, herb und vornehm, wie die Luft der Höhen, nicht wie die des Tales. Und wenn sie lächelte, was nicht gar oft geschah, so ging ein Goldschein über ihr Gesicht hin, mit dem sich auch nicht die Taleoberen schmücken dürften —"

Lehrer Reinsdorf hielt inne und lächelte ein wenig verlegen. „Entschuldigen Sie die kleine Abschweifung eines alten Schwärmers! Aber ich glaube, ich habe eben aus der Seele Ihres Vaters heraus gesprochen. . . . Sie wollten wissen, wie sich Magdalene Schumann zu dem Verhalten Ihres Vaters gestellt? — Nun, sie war — und ist es wohl auch heute noch — eine tiefleidenschaftliche Natur. Sie, die Feuerseele, hatte damals nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß der Geliebte nach Verbüßung seiner Strafe kommen, sich an ihre Seite stellen und diesen Platz behaupten werde, allen feindlichen Gewalten zum Trotz. Sie hätte gewiß auch nicht mit einem Wort um den Tod des Bruders mit ihm gerechtet. Hatte sie ihm doch nie verhehlt, wie wenig ihr der eitle, grundsätzlose Bursche gelte, der in größerer Gesellschaft dem zukünftigen Schwager zugeraten, daß es den ihm, dem blutarmen Verlobten versohn, nichts als Spekulation sei, die Hand nach der reichen Gutsbesitzerstochter auszustrecken. Sie wäre wohl auch unbestimmert an dem begreiflichen Groll und Schmerz der Eltern vorüber auf dem Weg geschritten, den der Geliebte ihr gezeigt, dem Ziel entgegen, das er ihr gewiesen —"

„So war sie", nickte der junge Mann nachdenklich vor sich hin. „Aus solcher Empfindungsgemalt heraus mußte sie freilich alle brieflichen Bitten und Beschwörungen des Vaters um Verständigung und Frieden mit eisigem, verachtungsvollem Schweigen zurückweisen. Und an diesem eisigen Schweigen ist dann in der Seele des über das Meer Gegangenen alles erstarrt und erstorben, was einst in heißer Liebe der Heimat zugekehrt."

Lehrer Reinsdorf rückte sich in den Schultern. Sein tiefernstes Gesicht hellte sich auf. „Das alles war — war", rief er zuversichtlich. „Nun kehrt Walter Hüttich zurück, und wir wollen hoffen, daß es ihm gelingt, den Haß in der Seele der Unglücklichen auszulöschen!"

„Leidenschaftliche Naturen gehen in der Enttäuschung wohl immer diesen Weg", meinte der Lehrer. „Und Magdalene Schumann ist nach der ersten großen Enttäuschung noch so viel Bitteres bestimmt gewesen! Da hat sie dann in ihrer zerrtretenen Seele die Schuld dem zugeschoben, der damals nicht den übermenschlichen Mut gehabt, sie in das Licht zu führen! Nur ein einziges Mal habe ich mit ihr von jenen eisigen Geliebten gesprochen, aber da sind erschütternde Worte des Grolles über ihre Lippen gebrochen, und in ihren toten Augen —"

Der junge Deutschamerikaner hob ergriffen die Hand. „Blind —?" rief er. „Sie ist erblindet —?"

„Ja — die Armste."

Hermann Hüttich war stehen geblieben. „O, wie mir das leid tut", sagte er langsam, um dann abzudrechen: „Wir sind im Städtchen angekommen."

Er musterte die ersten Häuser, einstöckige, bescheidene Wohnstätten. „Ich darf nun Ihre Güte nicht länger in Anspruch nehmen", warf er hin. „Vielleicht gestatten Sie mir jedoch, daß ich Sie gelegentlich einmal in Ihrem Heim aufsuche, verehrter Herr Reinsdorf. Ich möchte gar zu gerne die Lebensschicksale der Unglücklichen hören, damit ich den Vater in einem Brief vorbereiten kann, ehe er hier eintrifft —"

Der Lehrer erwiderte lächelnd: „Ich trinke um diese Zeit gewöhnlich einen Dämmerungsschoppen, und wenn Sie Lust haben sollten, mitzutun, dann kann ich Ihnen gleich heute das Leibenbild der merkwürdigen Frau zeichnen. Ein Wagen, der meinen jungen Freund später nach Jena zurückführt, findet sich schon."

Impulsiv schob Hermann Hüttich seinen Arm in den des alten Herrn und schritt mit ihm seiner Seite weiter.

„Unterwegs", plauderte Lehrer Reinsdorf, „werde ich Ihnen auch das Geburtshaus Ihres Vaters zeigen, das Pfarrhaus —"

Der junge Deutschamerikaner hatte in diesem Augenblick alles Fremdländische abgestreift. Er fragte mit einem vertrauenden Ausdruck im Gesicht, das bereits ein leichtes Schatten der Abenddämmerung noch erhöhten: „Sieht das Pfarrhaus noch ebenso aus, wie zu des Vaters Jugendzeit —?"

„Ich denke wohl."

„Dann werde ich es selbst herausfinden. Es ist einstöckig, hat ein großes und ein kleines Eingangstor — beide grün gestrichen — ein schmaler Rosenberg zieht sich vom Haus zur Straße nieder, und an der Gartenmauer rauscht ein Brunnen —"

Der alte Herr sagte in stiller Feierlichkeit: „Ja, ja, Walter Hüttich ist unser geblieben! Hätte ich bisher noch gezweifelt — nun dürfte ich's nicht mehr. Möchte doch jeder Deutsche, den das Geschick in die Fremde verschlägt, seinem Sohn so das Lied der Heimat singen!"

*

Bald darauf saßen die Herren in einem stillen, abgelegenen Winkel des Ratskellers hinter einer Flasche Rüdesheimer, deren Stiftung sich Hermann Hüttich ausgebeten hatte, und der Lehrer begann seinen Bericht:

„Etwa ein Jahr nach dem Fortgang Ihres Vaters nach Amerika wurde Magdalena Schumann die Frau eines jungen Arztes, dem sie in seinen Wirkungskreis nach Rudolstadt folgte. Doktor Borowsky soll eine wahre, tiefe Leidenschaft für ihre Magdalene empfunden haben, und wenige dieses Gefühl aber von ihrer Seite nicht erwidert. Sie hatte ihm ihr Ja nur aus äußeren Gründen gegeben, vor allem wohl deshalb, um Lobeda und das Elternhaus verlassen zu können, wo sie allsinnlich an ihre gescheiterten Glückshoffnungen erinnert wurde. . . . . Es soll in der jungen Ehe gar bald allerlei schlimme Szenen gegeben haben, nicht selten sehr laut und heftig hergegangen sein. Der junge Arzt mit dem versprengten Tropfen heißen, polnischen Blutes in den Adern hat immer und immer wieder um die Liebe der schönen Frau gerungen und gebettelt, und sie hat ihn stets von neuem mit kläglichem Almosen abgespunden. Auch die Geburt eines Söhnchens konnte zwischen den Gatten keinerlei Harmonie herbeiführen. . . . Da ist der unglückliche Arzt langsam zum Trinker geworden — und in der Angetrunkenheit hat er die Katastrophe verschuldet, die seiner unglücklichen Frau das Augenlicht gekostet —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0005

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 20. Okt.

Zur Besprechung steht die große Anfrage Hergt (Dn.), betreffend die Wahl des Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat für Groß-Berlin. Die Regierung hatte sich seinerzeit außerstande erklärt, die Anfrage zu beantworten. Gleichwohl wurde die Besprechung beschlossen.

Abg. Ritter (Dn.) begründet die Anfrage. Wer den Widerstand gegen die Wahl des Dr. Löwenstein auf künstliche Hetzerei zurückführt, verkennt die Volksstimmung gründlich. (Sehr richtig! rechts.) Herr Löwenstein ist auf dem Gebiet der Schule kein Fachmann und er faßt das nötige Maß von Selbstkritik vermissen, wenn er sich dafür hält. Herr Löwenstein ist kein Christ, und nicht nur das, er führt den schärfsten Kampf gegen die religiöse Erziehung der Kinder. (Hört, hört! rechts.) Der größte Teil der Lehrerschaft widerstrebt auch der Wahl des Dr. Löwenstein. Wir können unsere deutschen Kinder nicht einem Manne ausliefern, der ganz anders geeitet ist, als wir. Wenn sich die Regierung drückt (am Regierungstisch ist niemand) und diese Wahl bestätigt, dann wird ein Kulturkampf in aller Form die Folge sein. (Beifall rechts.)

Abg. Brückner (Soz.): Die Rechte hat von jeher jedem Fortschritt entgegengewirkt, daß ist allgemeines Volksempfinden. (Rufe rechts: Befragen Sie nur das Volk über Löwenstein.) Die Rechte sagt einfach: Die ganze Richtung paßt uns nicht. (Der Jude wird verbrannt.)

Abg. Dr. Heß (Ztr.): Die Rede Hellmanns hat seinerzeit einen ganz anderen Eindruck auf mich gemacht, als die des Vorredners. Herr Heilmann konnte sich einer gewissen Verlegenheit wegen der Wahl Löwensteins nicht erwehren. Der Vorredner scheint sich glatt mit ihr abfinden zu wollen. Gegen die Wahl Löwensteins erhebt sich nicht nur aus christlichen, sondern auch aus jüdischen Kreisen lebhafter Widerspruch. (Sehr richtig!) Löwenstein ist ein jüdischer Laie. Das Zentrum ist immer für die Gleichberechtigung der Juden eingetreten, aber ebenso auch dafür, daß das Schulwesen konfessionell bleibt, und daher ist es völlig unverständlich, daß ein Jude Stadtschulrat wird. Die Wahl Löwensteins ist ein unverkennbarer Gewaltakt. Nach der Reichsverfassung war sie gar nicht möglich. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dominikus (Dem.): Die Wahl Dr. Löwensteins ist ein vollkommen unverständlicher Vorgang. Wir bedauern die Abwesenheit der Staatsregierung. Es entspricht nicht der Würde der Landesverfassung, daß sie bei der Erörterung einer so wichtigen Frage fehlt. (Sehr richtig!)

Abg. Hollmann (D. Vpt.): Wir bitten ebenfalls die Regierung, die Bestätigung der Wahl zu verweigern, denn es gilt, unserm Staatswesen eine große politische Gefahr fernzuhalten.

Abg. Leid (USz.): Ihr Widerstand gilt gar nicht so sehr dem Juden oder Offizier Löwenstein, als dem Sozialisten Löwenstein. (Lachen rechts.) Auf sachlichem Gebiet ist der Einfluß des Stadtschulrats sehr gering und damit sind auch ihre Bedenken wegen seiner Vorbildung hinfällig. Er ist der rechte Mann an der richtigen Stelle. (Heiterkeit.)

Abg. Koch-Oehnhausen (Dn.): Ich stelle fest, daß fast alle bürgerlichen Parteien in der Beurteilung der Sache einig sind. Wir beantragen ihre Überweisung an den Gemeindeausschuß.

Die Sache wird dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Die Novelle zum Forstdiebstahlsgesetz wird an den Ausschuß zurückverwiesen. — Die Vorlage zur Erweiterung des Stadtkreises Mülheim (Ruhr) wird endgültig angenommen. — Die Verordnung des Justizministers über vorläufige Änderung von Gerichtsbezirken anläßlich der Ausführung des Friedensvertrages gehen an den Rechtsausschuß.

Es folgt die zweite Beratung des Staatshaushalts. Sie beginnt beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Cunow (Soz.): Im Gegensatz zum Vorjahre weist der Haushaltsplan sogar einen Überschuß auf. Das ist natürlich nur rechnerisch der Fall, eine tatsächliche Besserung der Finanzlage ist nicht eingetreten. Die Lage des Reiches spiegelt sich auch in Preußen wieder, denn ihm ist ja seine Steuerhoheit im wesentlichen entzogen, und es ist darauf angewiesen, was ihm vom Reiche zurückgerückt wird. Durch die Verzögerung in der Erhebung des Reichsnotopfers und der neuen Reichseinkommensteuer ist es leider vielen Leuten gelungen, große Mengen von Vermögen nach dem Auslande abzuschieben und auch hier im Lande selbst grobe Verschleierungen vorzunehmen. (Sehr richtig!) Wirksam helfen kann uns nur eine starke Steigerung der Produktion, aber wir müssen auch mehr Sparsamkeit üben. Vielleicht kann uns der Minister eine Übersicht geben, was alles bestritten werden kann. Der Beamtenapparat bedarf jedenfalls der Vereinfachung. Gerade die Rechte ist sehr schwer dazu geneigt, namentlich wenn es sich um höhere Beamte handelt, zwar höhere Gehälter zu bewilligen, aber nicht die dazu erforderlichen neuen Steuern.

Abg. Frenzel (Dem.): Der ganze Haushaltsplan beruht auf sehr unsicherer Grundlage. Die Erzbergersche Finanzpolitik hat dem Reiche großen Schaden gebracht. Ich glaube, heute werden den Warnungen unseres verstorbenen Führers Friedberg auch diejenigen Mitglieder beistimmen, die ihm seinerzeit nicht folgen wollten. Das Reich ist an seine finanziellen Aufgaben ohne genügende Schulung und Vorbereitung herangetreten. Preußen ist in den Strudel der bösen Folgen hineingezogen worden. Wir müssen mit Mehrausgaben Halt machen und für Mehreinnahmen sorgen.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 1 Uhr nachmittags, Fortsetzung.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die Lage im Reiche.

Warnende Worte an die Landwirte.

Der Rat der Stadt Leipzig hat sich an den Deutschen Landwirtschaftsrat als die oberste Behörde der gesamten deutschen Landwirtschaft mit der Bitte gewandt, einen von ihm verfaßten Aufruf an die deutschen Landwirte in allen Kreisen der Landwirtschaft zu verbreiten. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Das Herannahen des Winters mit seinen Ernährungsschwierigkeiten erfüllt die großstädtische Bevölkerung mit schwerer Sorge. Zwar sind seit Einführung der freien Wirtschaft auf einigen Gebieten der Lebensmittelversorgung, besonders der Fleischversorgung, die Läden mit allerlei hochwertigen Nahrungsmitteln versehen. Diese können jedoch vom größten Teile der Bevölkerung wegen ihrer hohen Preise nicht gekauft werden. Trotz verhältnismäßig hoch erscheinender Löhne herrscht daher in vielen Familien bitterste Not. Die ziemlich allgemein herrschende Notlage ist hervorgerufen durch die hohen Preise, die die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse fordert. Beispielsweise fordern die Landwirte nach Aufhebung der Fleischzwangswirtschaft für einen Zentner Lebendgewicht bei Rindern 900 bis 1200 ℳ, und bei Schweinen sogar 1500 bis 1700 ℳ, während noch im Sommer dieses Jahres unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Kreise der Höchstpreis für Rinder auf 360 bis 380 ℳ festgesetzt und in den behördlichen Schweinemastverträgen ein Preis von 600 ℳ für den Zentner Lebendgewicht vereinbart worden war, der dann als sehr angemessen bezeichnet wurde. Am schwersten wird der größte Teil der großstädtischen Bevölkerung betroffen durch die hohen Kartoffelpreise. Wenn dieses Jahr für den Zentner Herbstkartoffeln vom Landwirt 30 ℳ und mehr gefordert werden, so ist dies eine Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels, die namentlich von vielköpfigen Familien nicht mehr ertragen werden kann. Die Erregung unserer Bevölkerung über die diesjährigen ungerechtfertigt hohen Kartoffelpreise bei den Erzeugern ist auch bereits auf das äußerste gestiegen, und es ist das Schlimmste für die Ordnung und Sicherheit des Landes zu befürchten, wenn die Landwirtschaft sich nicht noch in letzter Stunde einsichtsvoll zu einer Herabsetzung des Kartoffelpreises auf ein gerechtes Maß entschließt. An alle deutschen Landwirte ergeht deshalb die dringende Bitte und Mahnung, ihre verfügbaren Bestände an Speisekartoffeln in der Hauptsache den notleidenden großstädtischen Bevölkerung zu einem angemessenen Preise zuzuführen. Die Bevölkerung erwartet von der deutschen Landwirtschaft in dieser Stunde der Not den Beweis, daß ihs das Wohl der Nation über dem Eigennutze des einzelnen steht."

Gleichzeitig veröffentlicht der sächsische Landeskulturrat folgenden Aufruf an die sächsischen Landwirte:

„Die ersten Schlachtviehmärkte haben ein starkes Hinaufschnellen der Schlachtviehpreise gebracht und damit gegenüber der Zwangswirtschaft eine Erhöhung der Fleischpreise gezeitigt, die von einem großen Teile der Verbraucherschaft auf die Dauer nicht getragen werden kann. Im Interesse des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes und vor allem mit Rücksicht auf den weiteren Abbau der Zwangswirtschaft richten wir an die sächsischen Landwirte die dringende Mahnung, bei ihren Preisforderungen für Schlachtvieh auf der Basis der jeweiligen Gestehungskosten sich möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen und vor allem nicht höheren Preisangeboten der Händler und Fleischer nachzugeben. Der unter Umständen folgenschwere Vorwurf, der unangemessenen Steigerung des Fleischpreises wird allein der Landwirtschaft zur Last fallen, denn Händler und Fleischer sind an bestimmte Verdienstsätze gebunden, deren Einhaltung durch die Überwachungsstellen fortgesetzt nachgeprüft wird."

*

Beschleunigte Entrichtung des Reichsnotopfers

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat sich das Reichskabinett in der letzten Zeit abermals mit der Frage des Reichsnotopfers beschäftigt und einmütig beschlossen, den verschiedentlichen Wünschen nach Aufhebung dieses Gesetzes nicht nachzugeben, sondern, um die Zunahme der Inflation zu bremsen und dem Reiche so rasch wie möglich weitere Einnahmen zu beschaffen, im Gegenteil die alsbaldige Entrichtung eines Teils des Reichsnotopfers, das nach dem Gesetz allgemein gestundet werden kann, obligatorisch zu machen. Über die Höhe dieses Anteils und die Zahlungsfrist sind endgültige Beschlüsse vom Kabinett noch nicht gefaßt worden. Die Frage der Zwangsanleihe, für die bekanntlich das Reichsbankdirektorium eintritt, ist zunächst zurückgestellt worden.

Reichsminister Hermes.

Immer neues Material wird gegen den Reichsminister Hermes zusammengetragen. Jetzt behauptet die „Freiheit" auf Grund von Akten, die sie veröffentlicht, daß drei sehr einflußreiche Zentrumsabgeordnete und der frühere Finanzminister Erzberger schon Ende des Jahres 1919 Hermes als künftigen Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium empfohlen hätten. Er sei eine repräsentable Erscheinung und verfüge über Redewandheit und diplomatische Beweglichkeit. Es werde auch seit langem in katholischen Kreisen unangenehm empfunden, daß es der Zentrumspartei noch nicht gelungen sei, Katholiken in einflußreichen Stellungen der Ministerien unterzubringen. Obwohl der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Albert, Bedenken gegen die Ernennung von Hermes geltend machte, wurde er doch nach dem Kapp-Putsch Minister. Wenn diese Nachrichten zutreffen, muß die Deutsche demokratische Partei ein derartiges Verfahren aufs schärfste mißbilligen. Sie kann es um so mehr, als sie selbst bewiesen hat, daß sie andere Grundsätze bei Ministerernennungen geltend macht. Als nach der Ernennung des früheren Reichsschatzministers Dr. Mayer, des jetzigen Botschafters in Paris, der Fraktionsvorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion vom Reichskanzler gefragt wurde, ob nicht die Demokraten diesen Ministerposten jetzt zu besetzen wünschten, gab er zur Antwort, daß die demokratische Partei den Ministerposten nicht nach Parteizugehörigkeit, sondern nach der Eignung der Persönlichkeit besetzt zu sehen wünschte. Dieser Standpunkt ist bisher immer von den Demokraten vertreten worden und wird auch in Zukunft von ihnen vertreten werden.

Protest des Hansa-Bundes gegen die Zerstörung von Dieselmotoren.

In einer beschleunigten Eingabe hat der Hansa-Bund beim Auswärtigen Amt Verwahrung gegen das Verlangen des Feindbundes eingelegt, nach dem sämtliche in Deutschland befindlichen Dieselmotore vernichtet werden sollen. Die Eingabe fordert die amtlichen Stellen auf, sich dieses Verfahren unter keinen Umständen gefallen zu lassen, da ein solches Verlangen dem Friedensvertrag in größter Weise widerspricht und die Ausführung der Absicht der Vernichtung der im Reichsgebiet befindlichen Dieselmotore von katastrophaler Wirkung für unser gesamtes Wirtschaftsleben sein würde.

*

Einträgliche Tagesgelder.

Berlin, 20. Okt. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Stubmann hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: „Nach einer Meldung der in Stuttgart erscheinenden „Süddeutschen Zeitung" Nr. 240 hat der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette zu Berlin die Mitglieder seines Unterausschusses für feinste Waschmittel auf den 23. und 24. September d. J. zu einer Besprechung nach Baden-Baden eingeladen. Die Erschienenen sollen an Tagegeldern 250 Mark täglich und überdies noch freie Bahnfahrt 1. Klasse erhalten haben. Ist die Reichsregierung in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, ob diese Meinungsmeldung richtig ist? Ist sie zutreffendenfalls bereit den Fall zu prüfen und derjenigen Auswüchsen der immer noch bestehenden Organisationen der Kriegswirtschaft mit schärfsten Mitteln ein Ende zu machen?"

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Oetker's Backpulver — das altbewährte

OETKER'S WELLKOPF

Freiwill. Versteigerung.
Sonnabend, den 23. Okt. d. Js., vormittags 10 Uhr findet im Herm. Kestlerschen Gasthof „Zum weißen Roß" in Zordau bei Mücheln der Verkauf folgender Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt und zwar:
2 gute Pferde (Ostpreußen), mittelfährig, 8 Läuferschweine (za. 50 Pfd. schwer), 1 Federbreschwagen, 1 leichter Hinterlader, 1 einspänniger Wagen mit Ernteladezeug, 1 einspänniger Häckselmwagen, 1 paar engl. Kutschgeschirre, 2 neue Spitzkummtgeschirre mit Zubehör sowie verschiedenes andere mehr.
Im Auftrage des Besitzers: Albert Franke, Auktionator.

Geld erhält sol. Leute jed. Stand, von 100 bis 3000.0 Mark durch Otto Ludekus Dresden-N., Wilsdrufferstr. 27. Anfragen Marken beifügen.

4 Paar guterhaltene **Ledergamaschen** zu kaufen gesucht. Ang. unt. 2478 an die Exp. d. Bl.

Gesucht sofort mehrere **gebrauchte Oefen**
Stahl- & Eisenwerk Frankleben Kunsch & Co., Frankleben bei Merseburg.

Konzertzither zu kaufen gesucht. Angebote unter 2470 an die Exped. d. Bl.

Fleischerei-Geräte-Verkauf.
Infolge Auflösung der Bezirksschlächterei sollen am Mittwoch, den 27. Oktober, von nachm. 11 Uhr ab, in Merseburg, Fischerstr. Nr. 17/19 noch sehr gut erhaltene Fleischereigeräte meistbietend versteigert werden. Bedingungen im Termin. Zur Versteigerung gelangen unter anderem:
1 Kühlmaschine mit vollständiger Einrichtung, gegebenenfalls mit Elektromotor,
1 Fleischwolf mit Treibriemen,
1 Cutter mit Treibriemen,
1 Wurstspritze,
1 7,5 PS Motor,
1 10 PS Motor,
1 Brühkessel,
3 Kochkessel,
7 Hakengerüste,
1 Knochenauskocher mit Unterfeuerung, sehr gut auch als Futterdämpfer für Landwirtschaft geeignet.
Merseburg, den 20. Oktober 1920.
Tgb. L.-A. I. 1076/20 Der Magistrat.

Landwirtschaftl. Inventar-Auktion!
Montag, den 25. Oktober d. Js., vormittags 10 Uhr findet im Grundstück der Frau Witwe Beiner zu Tragarth bei Merseburg der Verkauf des gesamten lebenden und toten Wirtschaftsinventars öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt als:
2 gute Arbeitspferde (Schimmel und Brauner), 1 Milchkuh, 1 halbüberdeckter Kutschwagen (neu), 1 3" Rüttwagen, 1 Marktwagen, 1 Drillmaschine, 1 Heuwender, 1 Pferderechen, 1 eis. Pflug (Sack), 1 Kartoffelheber, Erntegeladezeuge, 2 Ackergeschirre, mehrere Kummete, 1 neue Milchzentrifuge, za. 50 Zentner Stroh, za. 15 Zentner Spreu sowie noch verschiedenes Acker- und Wirtschaftsgerät.
Besichtigung 2 Stunden vorher.
Albert Franke, beeidigter Auktionator.
Bei obiger Versteigerung kommen noch zum Verkauf:
1 belg. Stute (10jähr.), 1 schweres Arbeitspferd (Däne).

Schlachte-Pfeffer
wieder eingetroffen
weiße Körner (echter Muntok) Pfd. 22 Mk.
Pfeffermühle zum Selbstdurchmahlen
— steht zur Verfügung im Laden. —
Franz Schneider, Roßmarkt 2.

Bin unter **Nr. 215** dem Fernsprechnetz Merseburg angeschlossen
Ritter-Drogerie
Werner Mahlfeldt
Kl. Ritterstraße 9.

Rheuma, Gicht, Ischias Gliederreißen, Nervenschmerzen
Kostenlos teile ich gerne mit, wie tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden. Krankenschwester Caroline Wiesbaden H 155.

Im Vertrauen
auch die gute Wirkung nehmen Frauen bei Regelstörung und Blutstockungen nur meine, auch in verzweifelten Fällen erprobten Mittel. Völlig unschädl. Garantie in jed. Fall. andernf. Geld zurück. Wirkung überraschend; ohne Berufsstörung. Versand diskret. Wenn alles vergeblich, fassen Sie noch einmal Mut und schreiben Sie sofort an Köhlers Hygien. Versand, Abt. Se Altona-Elbe.

Futterrüben
in größeren u. kleineren Mengen hat abzugeben
E. Weishahn, Neumarkt.
Telephon 486.

Bekanntmachung.
Für den Standesamtsbezirk Frankleben ist an Stelle des verstorbenen Amtssekretärs Brandt der Ortsrichter Reinicke in Runstedt zum Standesbeamten und an dessen Stelle der Ortsrichter Geistler in Frankleben zum 1. Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.
Merseburg, den 30. September 1920.
Der Regierungspräsident.
I f 7292/20 J. V.: gez. Bolze.

Neuheit! Neuheit!
Triola-Mandolinenzither
mit Notenrollen, spielbar zum Drehen.
Ständige Vorführung.
Musik-Haus Alfred Becker
Schmale Straße 2, an der Geisel
Desgl. alle Musikinstrumente, Saiten und Bestandteile in großer Auswahl.
Reparaturen in eigener Werkstatt.

Kartoffel-Verkauf
in der städtischen Scheune.
Morgen Freitag
letzter Tag.
Zentner 24 Mark.
Freygang. Hoffmann. Lippold

Achtung! Achtung!
Ich bin Donnerstag, d. 21. und Freitag, d. 22. Oktober in Merseburg im Gasthof Alte Post (Breite Straße 6) zwecks Kauf und Tausch von
Schafwolle sowie wollenen Strumpfabfällen und bestes Strickgarn
H. Pohl, Leipzig, Sophienstraße 36.

Aug. Kaiser,
Holzwarengeschäft,
Merseburg, Thüringer Hof,
empfiehlt
Bauleitern, Trittleitern, Baumpfähle, Backmulden, Kuchenbretter, Harken, Karren, — Handwagen usw. —

Hasen,
auch zerlegt,
wilde Kanin
empfiehlt
Emil Wolff.

Speisemöhren, Futterrüben
verkauft
Dittrich, Breite Str. 22.

Seefisch
frisch eingetroffen bei
Emil Wolff.

Gutes Bauholz
(Scheunen-Abbruch) zu verkauf.
Lochau bei Dölnitz Nr. 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 3 mal gratis Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 238 — Donnerstag den 21. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Parlamentsbeginn.

Am Dienstag hat der deutsche Reichstag nach längerer Sommerpause seine Vollsitzungen wieder aufgenommen. Die ersten Tage werden allerdings besonders wichtige Sitzungen noch nicht bringen. Erst nach einigen sitzungsfreien Tagen, an denen das Parlament die Arbeit ausfallen lassen will, wegen des in Hannover tagenden Parteitages der Deutschnationalen, wird dann Mittwoch der 27. Oktober der erste „große Tag" sein, der eine Rede des Reichskanzlers und Finanzministers über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bringen wird, an die sich dann die große politische Aussprache anschließen soll.

Vorläufig ist also alles nur Auftakt, nur kleine Vorpostengefechte. Zunächst kam sogar im Sitzungssaal die Spaltung der Unabhängigen äußerlich noch nicht zum Ausdruck. Die erforderliche „Umgruppierung" war noch nicht vorgenommen, und so saßen denn die Herren Neukommunisten noch friedlich mit den Rechtsunabhängigen zusammen und beide Parteien gaben sich mit Andacht und Eifer der Lektüre der „Freiheit" hin. Im Lande dagegen hat die Spaltung zu mancherlei Kämpfen geführt. In Halle und Hannover hat sich bekanntlich die linksradikale Hälfte der Blätter bemächtigt, zum Teil auch, wie auch in Neukölln, die Parteibüros besetzt. In Berlin selbst war man allerdings vorsichtiger. Da die Rechtsunabhängigen eine Besetzung ihrer „Freiheit" fürchteten, so hatten sie einen großen Teil ihrer Mitgliedschaft in Alarmbereitschaft gehalten. Hier waren allerdings die Maßnahmen unnötig. Dagegen versuchten die Neukommunisten sich in den Besitz des Büros des Zentralkomitees zu setzen. Die Herren der Rechten waren aber — sie kennen ja ihre Genossen — so vorsichtig gewesen, die Schlösser ändern zu lassen, so daß dieser etwas merkwürdige Einbruchsversuch scheiterte. Die Sicherheitspolizei, sonst den Unabhängigen ein Dorn im Auge, wurde nun zum Schutz des Gebäudes herangezogen. Die Neukommunisten, sie verfügen über 22 Sitze, haben sich bisher noch nicht entschließen können, offen Farbe zu bekennen. Auch sie erheben noch den Anspruch auf den Namen der USPD. und nennen sich vorläufig zum Unterschied gegen die Rechtsunabhängigen, die über 61 Sitze verfügen, „Fraktion Eichhorn", nach jenem früheren Berliner Polizeipräsidenten unrühmlichen Angedenkens, der ihre Reihen ziert. Schließlich werden sie aber doch wohl sich mit der kommunistischen Partei, die durch Herrn Levi und Frau Zetkin würdig vertreten wird, verschmelzen.

Bei der großen politischen Debatte wird ja der Aufmarsch der Parteien noch klarer zu übersehen sein. Es ist anzunehmen, daß man auch hierbei schon den Fall Hermes zur Sprache bringen wird, obgleich es fraglich ist, ob die von der Reichsregierung angekündigte Untersuchung schon bis zu diesem Termin durchgeführt ist. Es wäre wohl denkbar, daß sich mancher gegen Hermes erhobene Vorwurf nicht aufrecht erhalten lassen wird, denn zweifellos ist der von den Mehrheitssozialisten in Kassel gegen Hermes unternommene Vorstoß auf parteitaktische Beweggründe zurückzuführen. Immerhin ist es charakteristisch, daß das Zentrumsblatt, die „Germania", die ja moralisch verpflichtet ist, ihren Minister zu verteidigen, doch mit keinem Wort auf die Mißwirtschaft des Ministers Hermes auf dem Gebiete des Öl- und Fetteinkaufes zurückkommt. Bekanntlich soll Hermes nicht nur dadurch, daß er den Einkauf von Rohstoffen für die Deutsche Margarine- und Ölindustrie im Mai und Juni, als fremde Devisen sehr billig zu haben waren, verbot und erst jetzt, als die Valuta außerordentlich schlecht stand, wieder freigab, zu einer Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beigetragen haben, sondern man macht ihm auch den Vorwurf, daß er durch Freigabe der deutschen Ölfrüchte mindestens 300 Millionen Mark zugunsten der Agrarier und Händler verpulvert habe. Das Defizit von mindestens 1½ Milliarden Mark nur bei pflanzlichen Ölen und Fetten werde auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch die Hermes'sche Wirtschaft mit tierischen Fetten, die Einbedung des deutschen Schmalzbedarfs bringe heute eine Mehrbelastung gegenüber dem Mai und Juni von ca. ¾ Milliarden Mark, weil sich die Preise von 21 M auf 34 M gesteigert hätten. Nicht ohne Interesse sind nun die Akten, die die „Freiheit" veröffentlichen konnte über die Berufung von Hermes. Wenn diese Angaben richtig sind, so wurde von drei sehr einflußreichen Zentrumsabgeordneten seinerzeit eine Denkschrift eingereicht, in der die Berufung des Zentrumsmannes Hermes gefordert wurde, um den Einfluß der Katholiken zu stärken. An der Hand dieser Denkschrift schrieb der damalige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Albert: „Dieser Mann ist nach den Schriftstücken ein Juwel, nach meiner Kenntnis und Information hat er nicht das erforderliche Ausmaß. Vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparates. Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden." Jedenfalls weiß man nun, weshalb Herr Hermes den „einflußreichen Posten des Ernährungsministers" erhielt.

Nach der großen politischen Aussprache wird dann die Gesetzesarbeit des Reichstages beginnen. Eine Reihe der allerwichtigsten Vorlagen werden zu beraten sein. Bei der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues werden die Geister heftig aufeinanderplatzen, und es ist nach den Erfahrungen, die wir bisher leider haben machen müssen, sehr wahrscheinlich, daß diese Frage, für die doch einzig und allein wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, lediglich vom politischen Standpunkt aus behandelt und entschieden wird. Nicht minder umkämpft dürfte die Schlichtungsordnung werden, durch die die wilden Streiks, wie sie jetzt immer wieder zu verzeichnen sind, nach Möglichkeit hemmen werden sollen. Gerade die letzten Streiks haben ja gezeigt, wie wichtig es ist, daß ein einwandfreies Streikgesetz geschaffen wird. Von wichtigeren sozialen Gesetzen dürfte dann noch das Arbeitsnachweisgesetz zur Erledigung kommen. Werden sich so die Geister auf dem Gebiet der sozialen Frage scheiden, so wird auf kulturellem Gebiet das Reichsschulgesetz zu sehr lebhaften Kämpfen führen.

Französische Postkontrolle in Speyer.

Berlin, 21. Okt. Einer Meldung des „Lok.-Anz." zufolge hat die französische Militärverwaltung im Gebäude der Oberpostdirektion Speyer eine rücksichtslose Kontrolle der ein- und ausgehenden Postsäcke eingerichtet. Selbst eingeschriebene Briefe werden geöffnet, auch der Telegrammverkehr und sämtliche Ferngespräche werden von französischen Soldaten überwacht. Durch die infolge der Kontrolle eingetretene Verzögerung in der Briefbestellung wird die Speyerer Geschäftswelt sehr geschädigt.

Ein Vorschlag gegen die Besetzungsgefahr im Ruhrgebiet.

München, 21. Okt. Im Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages machte der Abg. Schlittenbauer einen Vorschlag, um die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets zu beseitigen. Er erklärte, man solle das Ruhrgebiet in eine wirtschaftliche Einheit zusammenfassen und für die Kohlenbergwerke eine Beteiligung amerikanischen Kapitals bis zu 25 Prozent herbeiführen. Dieses amerikanische Kapital würde sich der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich wohl zu widersetzen wissen.

Der polnische Terror in Oberschlesien.

Kattowitz, 21. Okt. (Eig. Meld.) Der deutsche Plebiszitkommissar in Kattowitz, Dr. Urbanek, hat dem General Martini in Oppeln ein Telegramm zugehen lassen, in dem er Schutz der deutschgesinnten Oberschlesier vor der Verwirklichung der Drohungen der Oberschlesischen Zeitung fordert. Das Blatt Korfantys hat mit nicht zu versennender Absicht in Aussicht gestellt, binnen kurzer Zei die Namen derjenigen Heimatreuen bekannt zu geben, die die an dem Aufstandsverbrechen beteiligten Polen bei den Behörden angezeigt haben. In ihrer Nummer vom 17. Oktober hat die Grenzzeitung mit der Veröffentlichung von 15 Namen, die damit der Volksmut preisgegeben werden, bereits begonnen.

Vertreibung der Bergwerksbesitzer in Wales?

Berlin, 21. Okt. Wie die „D. Allgem. Ztg." aus London meldet, wurde auf einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter in Wales in Erwägung gezogen, die Zechenbesitzer am Freitag gewaltsam von den Bergwerken zu vertreiben und den Betrieb bis zur Regelung des Konflikts selbst durchzuführen.

Das Kärntner Gebiet frei von jugoslawischer Herrschaft.

Klagenfurt, 21. Okt. (Eig. Meld.) Nachdem die Plebiszitkommission das Resultat der Volksabstimmung in Kärnten sanktioniert hat, hat die Belgrader Regierung beschlossen, die Verwaltung in die Hände der Kommission zurückzunehmen.

Die Hungersnot in China.

London, 21. Okt. (Eig. Meld.) Reuter meldet: Die chinesische Regierung hat eine Anleihe von 12 Mill. Dollar erbeten, um die Hungersnot zu bekämpfen. Das internationale Komitee zum Kampfe gegen die Hungersnot hat eine Anleihe von 15 Mill. vorgeschlagen, die durch Steuerzuschläge garantiert werden soll.

Stürmische Vorgänge im Danziger Parlament.

Danzig, 21. Okt. (T.-U.) Zu stürmischen Vorgängen kam es gestern in der vertraulichen Versammlung, als der Schriftführer ein längeres Schreiben des Danziger Landgerichtspräsidenten, der zugleich Mitglied des Staatsrates ist, verlesen wollte, in dem zu den Angriffen der Sozialisten gegen die Justizverwaltung Stellung genommen wird. Ein Unabhängiger riß das Schreiben in Stücke, worauf ein ohrenbetäubender Lärm einsetzte. Die Sitzung mußte dreimal unterbrochen und schließlich vertagt werden.

Danzig, 21. Okt. (WTB.) Wie heute aus Paris berichtet wird, wird die Errichtung der Freien Stadt voraussichtlich noch in dieser Woche erfolgen. Die Vertragsunterzeichnung ist für den 23. Oktober in Aussicht genommen.

Die englische Gesandtschaft in Dresden bereits aufgelöst.

Dresden, 21. Okt. (Eig. Meld.) Es wurde gemeldet, daß von einem Hauptmann Cacho die Dresdener englische Gesandtschaft aufgelöst worden sei. Diese Meldung ist, wie das Leipziger Tageblatt hört, nur zum Teil richtig. Die englische Gesandtschaft ist bereits seit längerer Zeit aufgelöst. Es handelt sich jetzt nur darum, alle Angelegenheiten, meistens aber wohl privater Natur zu regeln.

Die Völkerbundsmission in Litauen eingetroffen.

Warschau, 21. Okt. (Eig. Meld.) Die vom Völkerbund nach Litauen entsandte militärische Kontrollkommission ist in Litauen angekommen. Die Kommission hat sich sofort nach Wilna begeben und dort mit den Vertretern der Regierung von Zentral-Litauen die Verhandlungen aufgenommen.

Königsberg, 21. Okt. (Eig. Meld.) Die Zivil- und Militärmissionen, die sich in Wilna befanden, haben die Stadt verlassen, um sich nach Kowno zu begeben. Der französische Vertreter ist auf seinem Posten geblieben und hat mitgeteilt, daß in der Stadt Ruhe herrscht.

Der Franzosenknüttel im Saargebiet.

Saarbrücken, 21. Okt. Der ehemalige Abg. Ollmert wurde vom Kriegsgericht Saarbrücken der Saartruppen wegen Spionage und Hochverrat in continuacium zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Tagung des Völkerbundrates.

Brüssel, 21. Okt. Der Völkerbundsrat hielt am Mittwoch Vormittag unter dem Vorsitz von Hymans eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zuerst die Frage von Eupen und Malmedy in Angriff zu nehmen. Als zweite Frage wird das neue Statut über Armenien und hierauf die Organisation zur Bekämpfung des Typhus zur Sprache kommen.

Der Streik in Indien.

London, 21. Okt. (Eig. Meld.) Der Streik in den großen Industriezentren Indiens dauert an. Die Post- und Straßenbahnangestellten in Bombay befinden sich noch im Streik, in Bombay und Kalkutta wird die Möglichkeit eines Gasarbeiter- und Hafenarbeiterstreiks erwogen.

Der Reichstag wird also eine Reihe der wichtigsten Fragen zu erledigen haben. Ob es dem Kabinett Fehrenbach gelingt, alle diese Klippen glücklich zu umschiffen, muß abgewartet werden. Noch hat die Sozialdemokratie allerdings kein Interesse daran, das Kabinett zu stürzen. Die Nöte dieses schweren Winters zu tragen, das wird man ihm vielleicht noch gnädig überlassen.

W. A.

Deutschland und die Entente.

Deutsche Fragen im englischen Unterhaus.

London, 20. Okt. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehe, und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde. Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schiffe abgeliefert habe, und daß Deutschland in weitgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kohlenabkommen nachgekommen sei. Weiterhin teilte er mit, daß bis von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschüsse ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschüsse betrügen.

„Echo de Paris" meldet: Die geplante Zusammenkunft zwischen Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten, die Ende Oktober hätte stattfinden sollen, und auf der die Frage der Abhaltung der Genfer Konferenz besprochen werden sollte, ist infolge des Bergarbeiterstreiks in England auf unbestimmte Zeit verschoben worden, so daß der Termin der Genfer Konferenz vorläufig auch nicht annähernd bestimmt werden kann.

Neue Lasten.

Nach einer Mitteilung der „Daily Mail" werden die englischen Besatzungstruppen im besetzten linken Rheingebiet um eine weitere Brigade verstärkt werden. Gleichzeitig soll auch die Überwachungskommission in Berlin um weitere 45 neue Beamte verstärkt worden sein. Die Folge hiervon ist natürlich auch eine Erhöhung der Kosten für die Ententekommissionen im Reichsetat.

Danzigs Schicksal.

Paris, 21. Okt. (Havas.) Der Botschafterrat genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Sonnabend die Übereinkunft gleichzeitig mit dem Beschluß der Mächte, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes zur Freien Stadt erhoben werden soll, unterzeichnet werden.

Die Dieselmotoren.

Angebliche Ablehnung der deutschen Proteste durch den militärischen Beirat der Botschafterkonferenz.

Wie der „Temps" berichtet, hat sich der militärische Beirat der Botschafterkonferenz mit der Frage der Ablieferung der deutschen Diesel-Motoren beschäftigt. Die Proteste Deutschlands wurden dabei in Erwägung gezogen, doch soll sich der Beirat, dem „Temps" zufolge, aus militärischen Gründen abermals für die Beschlagnahme der Motoren ausgesprochen haben. Nicht zum wenigsten sollen zu diesem Beschlusse des Beirates die Berichte der Ententekommissionen aus Deutschland mitgesprochen haben, die hervorheben, daß der Diesel-Motor fast ausschließlich für Schiffszwecke Verwendung finde und in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine geringe Bedeutung habe. (!) Die Botschafterkonferenz, die sich in der nächsten Woche gleichfalls mit der Frage der Auslieferung der deutschen Diesel-Motoren befassen wird, dürfte dann einen endgültigen Beschluß fassen, der, wie der „Temps" sagt, wohl nur eine Bestätigung des Urteils des militärischen Beirats darstellen wird.

Die schwarze Schmach im Westen.

Frankfurt a. M., 21. Okt. Im französisch besetzten Gebiet sind nach der kürzlich gemeldeten Verschärfung der Kontrollmaßnahmen und Verkehrsbeschränkungen neuerdings geringfügige Erleichterungen eingetreten. Die Belegung kleinerer Orte mit Truppen hat teilweise aufgehört, die Verkehrsbeschränkungen sind aufgehoben. Die Paßkontrolle wird nicht mehr streng und nur ausnahmsweise gehandhabt. Dafür hat ein grober Unfug gewaltig zugenommen: die Ausübung der Jagd durch Offiziere, obwohl sie ihnen von den vorgesetzten Behörden verboten ist. Besonders aus der Umgebung von Mainz kommen Klagen in steigender Zahl, die erkennen lassen, daß dort die planlose Schießerei einen Umfang angenommen hat, der niemand seines Lebens sicher sein läßt. Die Jagdpächter, die oft von diesen Gentlemen-Wildbieben auf ihre Reviere kontrolliert werden, beabsichtigen, Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

[illegible] französisch besetzten Gebiet [illegible] Dennoch sind [illegible] Gebiet, zwar [illegible] Der erreichte Er- [illegible] daß die Anstrengungen [illegible] vergeblich sind.

[illegible]che.

[illegible] gesellschaft.

[illegible] Landesverbandes bayerischer [illegible] Reichsausschuß für die Einfuhr von [illegible] in der die Valuta [illegible] Verletzung erhoben [illegible] Günstlinge in der [illegible] und der reelle Handel [illegible]

[illegible] des Reiches.

[illegible] Stelle in Berlin: [illegible] im Reichsministerium [illegible] der deutschen Länder [illegible] Aufgabengebiet ist das [illegible] Verfassung vorzubereiten [illegible] Ländern geänderten [illegible] Gesichtspunkten aus zu [illegible] erstreitenden Interessen [illegible] innern Gutachten hier- [illegible] und Länder werden [illegible] Die Einzelheiten über die Volksabstimmung und die Bedingungen einer solchen auf Grund der Initiative der beteiligten Bevölkerung wird in dem Gesetz über den Volksentscheid geregelt werden, dessen Entwurf demnächst dem Reichstag zugehen soll.

Streik im Fischereihafen von Geestemünde.

Berlin, 21. Okt. Im Fischereihafen von Geestemünde ist ein Streik ausgebrochen. Die Hafenarbeiter, die Arbeiter der Fischindustrie, die Bahnspeditionen und die Eisenbahnarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich dabei nur um Lohnforderungen. Um ein Verderben der Fische zu verhindern, hat Oberpräsident Noske die technische Nothilfe eingesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201021-10/fragment/page=0007